

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR. 90

26. 7. 1975

INLAND

köln	geschäfte mit arbeitslosen jugendlichen	-1-
berlin	bvg-preise um 300.000 dm gesenkt	-1-
frankfurt	sofortige aufhebung der haft für hannes weinrich	-1-
köln	verhaftungen in köln	-2-
stammheim	notizen aus stammheim	-2-
tübingen	gewerkschaftsvertreter in die kaserne-oberst flog	-5-
speyer	soldaten machten beim geländelauf nicht mit	-5-
frankfurt	"wintex 75": gegen den inneren feind	-6-
nürnberg	hungerstreik der türken gegen abschiebung	-6-
frankfurt	wie verhalte ich mich zum berufsverbot?	-6-
frankfurt	"lotta continua" spricht deutsch	-6-
fulda	schwarze hilfe hilft	-7-

+++ ZUR LAGE IN PORTUGAL +++

lissabon	die "republica" meldet	-7-
lissabon	lisnave: avantgarde der arbeiterkontrolle	-7-
lissabon	einwohner-trupps bewachen fabrik	-9-
lissabon	sogantal-arbeiterinnen: verstaatlichung!	-9-
frankfurt	abonniert die "republica"	-9-
lissabon	radio renascenca: eine kooperative?	-9-
dokument	politischer aktionsplan der mfa (2. teil)	-10-
frankfurt	aufruf zu praktischer solidarität mit portugal	-11-

AUSLAND

madrid	der streik der ärzte und ihre forderungen	-12-
belfast	bericht aus einer besetzten stadt	-12-
dole	proletarischer autostop	-13-
honduras	zwei ausländische priester ermordet	-13-
sucre/kolumbien	polizeiterror unterm ausnahmestand	-14-
santiago	van schouwen immer noch in gefahr	-14-

DOKUMENTATIONEN

bruchsal	über die quarantäne	-14-
wyhl/weissweil	resolution der wissenschaftler beim kongress gegen kernkraftwerke	-15-
argentinien	lopez rega, der hexer	-15-
bochum	warnsystem der unternehmer	-16-

+++ comic aus dem informationsbulletin der mfa +++ -17-

einzelverkaufspreis 1,50 dm incl. 5,5% mwst.
druck: eigendruck

achtung ! der id fährt im september in den urlaub.

herausgeber :
frankfurter informations-
dienst e.v.

6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611/704 352

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 900343

postscheckkonto:
frankfurter informations-
dienst e.v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28-602

verantwortlicher redakteur
f. kern

redaktionsschluß:
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

2hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel.44 56 13

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 39 12 67

KÖLN (ID)
25. juli

GESCHÄFTE MIT ARBEITSLOSEN JUGENDLICHEN

gabi schneider aus waldbrühl gehörte zu der großen zahl von arbeitslosen jugendlichen. das arbeitsamt bergisch-gladbach hatte sie an die waldbrühler unternehmerin barth (berggold koffer) zur ausbildung vermittelt. statt ausbildung mußte sie aber hilfsarbeiten im akkordtempo machen. dafür erhielt sie keinen lohn, sondern 300 mark ausbildungsbeihilfe vom arbeitsamt. die unternehmerin erhielt noch zusätzlich vom arbeitsamt 250 mark im monat geschenkt. das arbeitsamt wußte, daß die firma barth gar keine ausbildungsplätze hat. auch schwere verstöße gegen das jugendarbeitsschutzgesetz waren dem arbeitsamt egal. als gabi auch noch schwierigkeiten mit ihren eltern bekam, geriet sie völlig in verzweiflung und lief von zuhause weg. freunde brachten sie schließlich zum ssk nach köln.

der ssk verlangte, daß die firma gabi ihren lohn zahlt und das unrechtmäßig vom arbeitsamt erhaltene geld zurückgibt. weiter forder- te er die staatsanwaltschaft und das arbeitsministerium auf, wegen veruntreuung von geldern der arbeitslosenversicherung und wegen verdachts auf bestechung gegen arbeitsamtsdirektor zierden und die unternehmerin barth zu ermitteln.

gabi schneider wohnt jetzt beim ssk in köln und arbei- tet in der ssk-firma "wir packen an".

alloys zierden und seine unternehmerfreunde griffen jetzt zu holzhammermethoden und starteten eine konzertierte aktion. Über nacht ent- ließen die unternehmer alle jugendlichen, die zierden bisher in einem "modell- versuch an sie vermittelt hatte. zierden holte die presse und gab dem ssk daran die schuld ("alle ansätze zur unterbringung von arbeitslosen jugendlichen im gesamten rheinisch-bergischen kreis sind durch den ssk kaputtgegangen"). in zukunft wollen die firmen keine arbeitslosen jugendlichen mehr einstellen, nur weil der ssk sich gewagt hat, für gabi den lohn zu verlangen, der ihr zusteht, und zu fordern, daß auch unternehmer sich an die gesetze halten. auch alloys zierden kann dann angeblich den arbeitslosen jugendlichen nicht mehr helfen.

erstmal läßt er den allergrößten teil ohne hilfe auf der straße liegen. das vertuscht er mit gefälschten zahlen. laut angabe des katho- lischen jugendamtes bergisch-gladbach gab es schon im februar 465 arbeitslose jugendliche bis 18 jahre, 944 bis 20 jahre. zierden nennt für damals 112 ju- gendliche, für jetzt nur 88 jugendliche.

bei den paar einzelfällen, in denen sein amt überhaupt tätig wird, sieht die hilfe so aus wie bei gabi schneider. die unternehmer kas- sieren, die jugendlichen werden als hilfsarbeiter mißbraucht und systematisch in die verzweiflung getrieben. von den vier an die unternehmerin barth ver- mittelten jugendlichen trieben sich 2 in köln verzweifelt auf der straße umher, eine brach seelisch zusammen (firma barth: "fing an zu spinnen").

wenn alle fälle im "modellversuch" von alloys zierden so behandelt wurden wie der fall gabi schneider, dann muß man jetzt annehmen, daß in den letzten jahren nicht nur einige, sondern einige hundert jugendliche um ausbildungsmöglichkeiten betrogen wurden, und daß dabei hunderttausende oder gar millionen in die taschen der unternehmer geflossen sind.

ssk - sozialpädagogische sondermaßnahmen köln e.v.
organisation für alle, die nicht zu ihrem recht kommen
und die sich allein nicht wehren können.
5 köln 1, saliering 41; tel. 23 93 84

BERLIN (ID)

BVG-PREISE UM 300 000 DM GESENKT

am 16. juli hat die revolutionäre zelle mit der soli- darischen hilfe anderer genossinnen und genossen in arbeitervierteln west- berlins 100 000 fahrkarten im wert von 300 000 dm verteilt. weil die bürger- liche presse unsere forderungen, unsere kämpfe, unsere aktionen entstellt und verleugnet, weil sie lügen und hetzen, haben wir am gleichen tag mit unserem ukw-sender (kanal 21, 93 mhz) die erste halbstündige sendung ausgestrahlt. wir haben mit dem nachdruck der karten nicht gewartet, bis das kind schon in den brunnen gefallen ist, bis die bvg-preise ab 1. märz 1976 erhöht werden. wir haben jetzt - 8 monate vorher - den kampf begonnen.

doppelt und dreifach sollen wir in den nächsten monaten geschöpft werden. 1. bezahlen wir die bvh sowieso schon mit unsren steuern, die im nächsten jahr auch noch erhöht werden sollen. 2. sollen noch in diesem jahr die preise für wasser, gas und strom erhöht werden, und zwar für einen "durchschnittshaushalt" um 8,34 dm. danach sollen die preise regelmäßig weiter- steigen. die gasag erhöht ab 1.1.76 die preise um 25%. die grundmieten für altbauten sollen bis zu 25% steigen. gleichzeitig soll der mieterschutz abge- schafft werden. der bvg-fahrschein soll ab märz 90 pfennig kosten. dies, ob-

wohl gerade bei der bvg durch ständige rationalisierungen (z.b. einmannbusse) sogar noch lohnkosten eingespart werden. kressmann-zschach kassierte aber- millionen für diesen widerlichen, nutzlosen betonklotz. 755 millionen wurden für ein unnützes kongresszentrum verschleudert, jeden tag kostet es etwa 150 000 dm betriebskosten. die polizei wurde ausgerüstet, damit protest und widerstand rascher und effektiver unterdrückt werden können.

wir müssen widerstandsformen entwickeln, üben und durchsetzen, die mit polizeibrutalität nicht unterdrückt werden können. wir müssen so langfristig, ausdauernd, listig, effektiv kämpfen und sabotieren, daß den regierungen, verkehrsgesellschaften, parlamenten die lust an den fahrpreis- erhöhungen vergeht.

(aus einem flugblatt der revolutionären zelle)

FRANKFURT (ID)
21. juliSOFORTIGE AUFHEBUNG DER HAFT
FÜR JOHANNES WEINRICH I

unter dem vorwand, an den vorbereitungen für das bazooka-attentat auf dem pariser flughafen orly im januar dieses jahres betei- ligt gewesen zu sein, sitzt hannes weinrich seit dem 24. märz dieses jahres in der jva karlsruhe in strenger einzelhaft. obwohl die staatsanwaltschaft sich le- diglich auf vage verdächtigungen stützt, fiel auch der letzte haftprüfungstermin am 8. juli wieder negativ aus: fortdauer der haft. angesichts der kampagne sei- tens der bürgerlichen presse in den vergangenen wochen (vor allem auch in der "frankfurter rundschau" und im "spiegel") ist diese entscheidung nicht verwun- derlich. im rahmen der breit angelegten hetze gegen einen angeblich existieren- den internationalen terroristenring mit "carlos" an der spitze, ist die schuld von hannes weinrich für die presse bereits erwiesen.

die fast dreieinhalbmonatige untersuchungshaft ist nicht ohne wirkung auf den gesundheitszustand geblieben: hannes hat erheblich abge- nommen und leidet unter augenschmerzen, konzentrations- und wahrnehmungs- schwierigkeiten. ein blasen- und nierenleiden wird nicht wirksam behandelt. alle versuche, seine haftbedingungen auch nur minimal zu verbessern (forderung nach einer leselampe, einer rheumadecke etc.) werden von der anstaltsleitung immer wieder negativ verurteilt; die zustellung eines radios wurde fast drei monate verzögert. diese behandlung durch die justizbehörden ist kein zufall.

ausgangspunkt für die politische tätigkeit von hannes weinrich war - wie bei vielen genossen - die notstandskampagne an den hoch- schulen, und zwar insbesondere an der rub-bochum. ende 1968 ging hannes dann nach frankfurt, wo er im sds bis zu dessen auflösung mitarbeitete. er war einer der mitbegründer des verlages "roter stem" und arbeitete in dessen rahmen aktiv im deutschen black panther-solidaritätskomitee sowie in der unterstützungsbe- wegung für die koreanische demokratische volksrepublik. als geschäftsführer des verlages "roter stem" war er mitverantwortlich für die herausgabe der ersten nummern von "erziehung und klassenkampf". schon in dieser zeit sind gegen hannes weinrich mehrere ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

anfang 1972 kam hannes weinrich nach bochum, haupt- sächlich, um bei der gründung der "politischen buchhandlung" mitzuhelfen. für die "sozialistischen arbeitsgruppen" (sag) an der uni bochum übernahm hannes für einige zeit den vorsitz im studentenwerk. seit dem zerfall der sag arbeitete er in der "politischen buchhandlung", deren geschäftsführer er war, in stadt- teilgruppen und in der roten hilfe.

nachdem hannes mehr als drei jahre im laden gearbei- tet hatte, und es gelungen war, unter seiner mithilfe ein neues ladenkollektiv zu- zubauen, entschloß er sich ende 1974 - in voller übereinstimmung mit dem buch ladenkollektiv - nach frankfurt zurückzukehren.

seit dem 24. märz sitzt hannes nunmehr in haft. die kon- kreten anschuldigungen lauten: unterstützung einer kriminellen vereinigung und unterstützung eines anschlags auf die sicherheit des lufttraums. als beweismittel hat die bundesanwaltschaft seit nun drei monaten nur die Vermutung des grapho- logen k. hecker vorgelegt, daß hannes irgendwelche mietpapiere in paris unter- schrieben haben soll. dieser herr hecker hat sich bereits in zwei prozessen als unqualifiziert - selbst nach den maßstäben der graphologischen "wissenschaft" - erwiesen, aber ist im bka fest angestellt. ersatzweise nachgeschoben hat die bundesanwaltschaft inzwischen die behauptung, zwei von sieben zeugen in pa- ris hätten hannes auf bildern wiedererkannt. diese zeugen sind aber gar nicht vernommen worden. - dazu müßten sie in die brd reisen oder sich von einem französischen richter vernehmen lassen. es existieren also nicht einmal polizeiliche vernehmungsprotokolle, sondern nur die nicht nachprüfaren behauptungen irgendwelcher menschen, die in paris auf unsere kosten urlaub gemacht haben. wären die "aussagen" tatsächlich belastend für weinrich, dann hätte die bundes- anwaltschaft sie längst in gerichtsnotorischer form vorgelegt.

hannes weinrich soll offenbar einfach mal so in haft ge- halten werden. ob dies der staatsanwaltschaft gelingt, hängt nicht zuletzt von uns ab! gegen diese praxis der justizbehörden, genossen monatelang ohne stich- haltige beweis in den knast zu stecken, müssen wir öffentlichen druck ausüben. wir fordern deshalb alle auf:

1. schreibt hannes und stellt besuchsanträge (anschrift: an den ermittlungsrichter beim bgh II, für untersuchungsgefangenen johannes weinrich, 75 karlsruhe 1, postfach 1661)

2. fordert von dem ermittlungsrichter sofortige entlassung von hannes.

3. beteiligt euch an der unterschriftensammlung, die in sämtlichen linken buchhandlungen anlaufen.

4. spendet auf das konto nr. 33 050 325 ute weinrich bei der städtischen sparkasse bochum.

KÖLN (ID)
20. juli

VERHAFTUNGEN IN KÖLN

am 10. juli wurden hanne kaschke und hans-peter krüger in köln festgenommen. die haftanklage lautet: 1. mitgliedschaft in einer kriminellen vereinigung. 2. anlegen eines waffenlagers. bei ihrer verhaftung wurde ihre wohnung auffallend oberflächlich durchsucht. notizbücher mit adressen, arbeitsdiskussionen und ganze ordner mit flugblättern ließen die fahnder unberührt.

hanne und hans-peter sitzen seit dem ersten tag ihrer haft in isolierzellen. besuchserlaubnis wurde abgeschlagen, weil angeblich fluchtgefahr und verdunkelungsgefahr bestehen sollen. seit 18. juli liegt

hans-peter im bochumer gefängnisrankenhaus. er hat eine schwere gelbsucht, die dritte in diesem jahr, also nicht ungefährlich. die rechtsanwältin hat bis jetzt noch keinen kontakt mit ihm im krankenhaus aufnehmen können.

STAMMHEIM (ID)
Juli

NOTIZEN AUS STAMMHEIM

in der verhandlung am 16.7. hatte vorsitzender prinzing kurz vor meinem eintreffen baader das wort entzogen, weil der gesagt hatte, die bundesanwaltschaft stehe in der tradition des III. reiches.

heldmann spricht gegen den wortentzug. der vorsitzende verletze das prinzip der waffengleichheit, indem er niemals rüge, wenn die bundesanwaltschaft beleidigende und unbewiesene pauschalbehauptungen über die angeklagten von sich gebe, auf der anderen seite aber bei den angeklagten jeweils sofort eingreife.

prinzing (leicht irritiert): jetzt sei man schon wieder weiter vom thema abgekommen, als er eigentlich gewollt habe. es sollte doch anerkannt werden, daß er sich um ein möglichst großzügiges verfahren bemühe, er könne aber keine beleidigungen zulassen. heldmann solle doch von sich aus eingreifen, wenn sein mandant beleidigend werde.

baader erhält nach intervention von schily das wort. er erklärt, an die adresse prinzings, daß dieser offenbar schon gar nicht mehr zuhört. jetzt drohe er schon ohne anlaß mit ausschluß. dabei habe er, baader, nur gesagt, daß die bundesanwaltschaft in der tradition des III. reiches stehe

prinzing unterbricht wieder wegen der wiederholung der behauptung; ein leicht erregtes wortgefecht zwischen ihm und der verteidigerbank ergibt sich über die berechtigung der aussage baaders. heldmann: aber was mein mandant sagt, ist doch so, das ist doch geschichte.

die bundesanwaltschaft nimmt stellung: sie werde ihre behauptungen über die angeklagten weiter aufrechterhalten; nach prüfung sachlage sei sie dazu berechtigt und verpflichtet.

prinzing verkündet, der beschluß, daß baader das wort entzogen sei, bleibe aufrechterhalten. heldmann rügt diesen beschluß zu protokoll: es handle sich hier nicht um einen (zulässigen) entzug wegen ungebühr, sondern um eine (unzulässige) politische zensur.

raspe erhält das wort, um zu dem (in einer früheren verhandlung gestellten) antrag der verteidigung auf aufhebung der einzelhaft und gleichstellung mit anderen gefangenen zu sprechen. er führt aus (nicht wörtlich):

die formulierung baaders, daß die bundesanwaltschaft in der tradition des III. reiches stehe, ist wissenschaftlich korrekt - ebenso korrekt, wie die offiziell verbreitete these, daß die bundesrepublik der nachfolgestaat des deutschen reiches ist. es ist nur logisch, daß dies auch für institutionen dieses staates gilt. eine beleidigung kann darin in keiner weise gesehen werden, schon gar nicht, wenn die formulierung so allgemein gehalten ist wie hier.

- prinzing unterbricht und mahnt: "zur sache!" -

wir unterlagen und unterliegen haftbedingungen, die in dieser dauer und harte einmalig sind. heinz brandt hat dazu gesagt, daß isolation schlimmer ist als kz-haft und er hat erfahrungen aus dem III. reich und aus der ddr zu beiden haftformen. dabei ist zu bedenken, daß es sich bei ihm damals nicht um sensorische, sondern "nur" um soziale deprivation gehandelt hat. in den toten trakts heute sieht das anders aus.

dabei sagt die grösse der zellen darüber nichts. andreas sitzt in einer doppelzelle. die zellen von gudrun und ulrike sind eventuell auch etwas größer. aber das haben wir niemals verlangt. uns geht es einzig darum, wie andere gefangene behandelt zu werden. natürlich wissen wir, daß diese forderung nahezu aussichtslos ist.

die bundesanwaltschaft stellt fest: isolation, trakt und folter sind privilegien. die bundesanwaltschaft wird ihre methoden nicht aufgeben, da sie zu ihrer countertaktik gehören.

in der aufzählung zu unseren haftbedingungen fehlt, daß nicht nur unsere zelle jeweils isoliert ist, sondern das ganze stockwerk. es fehlt die tatsache, daß auf kosten anderer gefangener zehn beamte nur zu unserer bewachung abgestellt werden, es fehlt die erwähnung der sondergesetze, des sondergerichtes, der sonderverteidiger: es fehlen die 1000 mann polizei, die dieses gebäude bewachen.

die argumentation der bundesanwaltschaft ist dreck, wenn man ihr vernichtungsinteresse kennt. das system plant genau, es verfügt über uns mit einzigartiger präzision. sinn der isolation ist es, unseren willen, unsere identität zu brechen und auch eine psychische verfügung über uns zu erlangen.

die bundesanwaltschaft bedient sich zur durchsetzung ihrer ziele falscher behauptungen. es ist falsch, daß unsere zellen 15 mal am tag geöffnet würden. sie werden oft nur vier mal geöffnet und das bedeutet 23 stunden am tag allein sein. mit unseren wärtern wird kaum gesprochen. wir haben also kaum sozialen kontakt. das alles spricht schon für sich.

die argumentation der bundesanwaltschaft soll die öffentlichkeit täuschen. entgegen ihrer behauptung war es uns zum beispiel real nicht möglich, tischtennis zu spielen. dennoch taucht diese behauptung in gewissen abständen immer wieder in der presse auf. natürlich assoziiert niemand mit tischtennis folter; das ist der sinn der lüge. dann das fernsehen: in sechs monaten war es uns einmal möglich fernzusehen und das - entsprechend wohl behördlicher peinigungsabsicht - zu einer zeit, in der ausschließlich das kinderprogramm lief. weiter der hofgang: der käfig auf dem dach ist leer, wenn wir dort sind.

die bundesanwaltschaft nimmt abschließend stellung: sie bleibe bei ihrer ablehnenden stellungnahme. die gefangenen hätten schon mehr vergünstigungen, als angesichts ihrer taten verantwortbar sei. die angeklagten wollten schließlich nur den kontakt zu anderen gefangenen, um die gefängnisse zu politisieren und weil sie befreit werden sollten und wollten. es bleibe dabei: die gefangenen seien nicht isoliert, ihre behauptungen entsprächen nicht den tatsachen.

alle verteidiger rufen gleichzeitig, daß dazu unbedingt eine richtigstellung kommen müsse. es geht kurz lautstark und erregt (ohne mikrofone) hin und her. schließlich kommt schily zu wort:

es könne doch vielleicht mal der senat selbst und nicht nur die verteidigung ein interesse daran haben, auf solche pauschalen behauptungen wie die der bundesanwaltschaft näher einzugehen und präzise ausführungen darüber zu verlangen, was denn eigentlich an den ausführungen der angeklagten nicht zutrefte. der senat selber solle doch mal nachfragen, wie die bundesanwaltschaft ihre ausführungen denn begründe.

heldmann fordert zusätzlich, daß eine öffentliche behauptung auch öffentlich widerlegt werden können müsse.

prinzing will dennoch die kontroverse abbrechen und meint, die fakten seien jetzt ausführlich gehört worden. heldmann wendet sich dagegen und stellt drei forderungen auf: 1. baader solle das wort für eine sachliche richtigstellung erteilt werden, 2. die bundesanwaltschaft solle aufgefordert werden, präzise zu sagen, was wie und warum falsch an den ausführungen der angeklagten sei, 3. die stellungnahme der anstaltsleitung zu möglichen änderungen der haftbedingungen solle endlich auch der verteidigung zugänglich gemacht werden.

prinzing lehnt die erste forderung wegen des erfolgten wortentzugs ab. zu nummer zwei bittet er die bundesanwaltschaft um eine äußerung.

bundesanwaltschaft: man wolle nur auf eine der vielen behauptungen eingehen, nämlich die, die gefangenen unterlägen nunmehr seit über drei jahren unmenschlichen haftbedingungen. diese behauptung stimme nicht.

zur dritten forderung erklärt prinzing, es gebe keine anstaltssternungnahme, der senat sei selbst haftrichter und kenne die bedingungen. erst nachdem schily feststellt, daß es eine mündliche erklärung der anstalt gebe, die schließlich auch irgendwo vermerkt sein müsse, erinnert sich prinzing an ein gespräch. dabei sei jedoch über eine mögliche umschlußregelung gesprochen worden, nicht über die haftbedingungen.

schily will sich jetzt zu dem wortentzug von baader äußern. prinzing läßt das nicht zu; dazu könne schily nicht sprechen, nur zu enslin (seiner mandantin) könne ihm das wort erteilt werden. schily hält das, was er zu sagen beabsichtigt, für eine äußerung zu allgemeinen verfahrensfragen, aber prinzing läßt sich darauf nicht ein. das sich ergebende hin und her beendet prinzing abrupt durch aufstehen (während schily gerade spricht) und verlassen des saales mit der bemerkung: "der senat zieht sich zur beratung zurück". die verteidiger sehen sich verblüfft-sprachlos an, im saal entsteht kurze unruhe. die mehrheit murr, jemand ruft laut und vernehmlich von hinten "scheisse".

nach der beratungspause bekommt zunächst plottnitz das wort - nachträglich, wie prinzing begründet, weil er die wortmeldung vor der beratung übersehen habe. plottnitz äußert sich zu der letzten stellungnahme der bundesanwaltschaft: bundesanwalt zeiss habe nur pauschal behauptet, die angaben der angeklagten stimmten nicht, mit keinem wort habe er jedoch zu den ausführungen von raspe und baader stellung genommen. er habe sogar

die isolation zu einem privileg erklärt. dies sei die linie der bundesanwaltschaft. kein wort habe sie zudem zum art. 316 abs. 3, satz 3 des einführungsgesetzes zum strafgesetzbuch (der eine einzelhaft von über drei jahren ohne zustimmung des inhaftierten verbietet) verloren; ihrer meinung nach sei offensichtlich der § 119 abs. 3 der strafprozessordnung die abschließende regelung für die untersuchungshaft. dazu habe sie aber nichts gesagt.

prinzing geht auf diese erklärung nicht ein und teilt mit, daß die sitzung mittags beendet werden müsse, da am nachmittag die beratung über die ärzte (oder mit den ärzten) stattfinden müsse, die für die untersuchung der gefangenen infrage kämen. heldmann ist erstaunt darüber und fragt, ob diese beratung unter ausschluß der angeklagten und ihrer verteidiger abgehalten werden solle. es stellt sich heraus, daß es offensichtlich ein mißverständnis gegeben hatte: prinzing war der meinung, die verteidigung und ihre mandanten zu einer stellungnahme zu der ärzteliste bis zum vergangenen montag aufgefordert zu haben; verteidigung und angeklagte hatten als termin den laufenden verhandlungstag angenommen. schily dazu: man könne ja viel machen in diesem verfahren, zum beispiel sich seinen ausführungen durch flucht zu entziehen, aber das seien vielleicht doch nicht die richtigen methoden. die verfahrensbeteiligten müßten zu allen verfahrensfragen gehört werden. die probleme, die die einzelnen angeklagten betreffen, gingen ineinander über, insbesondere soweit die haftbedingungen angesprochen seien. zu der wortentziehung bei baader müsse er jetzt folgendes sagen...

prinzing unterbricht und verlangt, daß schily nur zu den haftbedingungen und nicht zum wortentzug sprechen solle. schily besteht darauf, gehört zu werden. ("die bundesanwaltschaft äußert sich zu solchen fragen und wir verteidiger werden auf schriftliche stellungnahmen verwiesen.") prinzing läßt das nicht zu. nach einigem hin und her will prinzing dazu absolut nichts mehr hören. schily verlangt dazu einen senatsbeschluß. der senat bestätigt den abbruch des disputs.

meinhof gibt eine erklärung ab (nicht wörtlich):

ich möchte nochmal feststellen, wenn wir sagen - und ich zitiere das jetzt ausdrücklich nur - daß die bundesanwaltschaft in der tradition des III. reiches steht, dann ist das keine meinungsausßerung, sondern ...

- prinzing unterbricht und verwahrt: die fragliche behauptung dürfe nicht jetzt als eigene wiederholt werden.

darüber ergibt sich eine auseinandersetzung, während der prinzing anweisung gibt, das mikrofon von ulrike meinhof abzustellen. schließlich kann die erklärung fortgesetzt werden: -

bundespräsident scheel hat bei den feierlichkeiten zum 30. jahrestag der befreiung vom faschismus gesagt, daß der deutsche staat 1945 nicht zerschlagen worden sei, sondern daß der heutige staat ungebrochen in der tradition des bismarckschen reiches weiterbesteht. wenn prinzing jetzt daraus einen angriff gegen uns macht, dann zeigt das, daß er es nötig hat, ein bestimmtes geschichtsbewußtsein zu fördern. noch etwas anderes: vorhin wurde der prozeß in chicago erwähnt. dort wurde dem angeklagten ein handtuch in den mund gestopft und der kopf verbunden, damit er sich nicht äußern konnte. hier passiert jetzt dasselbe durch das abstellen des mikrofon. es ist eindeutig, daß das, was hier abgewürgt wird, tatsachen sind: drei jahre isolation, einzelhaft. sie wollen und können nicht zulassen, daß das im zusammenhang dargestellt wird, daß die demagogie der bundesanwaltschaft demoliert wird. sie wollen ihre eigene verantwortlichkeit verschleiern, mit der sie die maßnahmen durchführen. die form der knebelung, mit der sie vorgehen, erweist sie als marionette der bundesanwaltschaft. das alles ist ohne weiteres faschistisch, d.h. sie sind ein faschist.

die erklärung ist beendet, der senat zieht sich zur vorbereitung der verkündung des endgültigen beschlusses zu dem antrag auf aufhebung der einzelhaft usw. zurück.

prinzing verkündet den beschluß (nicht wörtlich):

1. baader und raspe sowie meinhof und ensslin wird ab 17.7.75 zweimal wöchentlich umschluß gewährt, von 9.00 bis 13.00 uhr.
2. baader und raspe erhalten zu den in der anstalt üblichen bedingungen gelegenheit zum tischtennispielen.
3. weitere änderungen der haftbedingungen werden nicht gewährt.

gründe; der art. 316 abs. 3 satz 2 des einführungsgesetzes zum strafgesetzbuch (anm.: das ist der mit den maximal drei jahren einzelhaft) gilt nur für die straffhaft, nicht aber für die untersuchungshaft, um die es hier geht. die untersuchungshaft ist aber gegenüber der straffhaft nicht ein weniger, sondern ein anderes. daher ist die drei-jahres-frist nicht auf sie anzuwenden.

weiterhin bedeutet einzelhaft, daß der betroffene gefangene ohne unterbrechung tag und nacht allein in seiner zelle sitzt (diese auffassung wird mit zitierten aus gerichtsurteilen und juristischen kommentaren belegt). das trifft bei den vier angeklagten aber nicht zu; auch deshalb ist die drei-jahres-frist nicht anzuwenden.

darüber hinaus haben die angeklagten mehrfach das angebot erhalten, mit ausgewählten anderen häftlingen zusammen zu sein. sie haben aber von diesem angebot keinen gebrauch gemacht und es als "spitzel-lösung" bezeichnet.

es folgt eine aufzählung der verschiedenen kontaktmög-

lichkeiten, die die gefangenen in der vergangenheit gehabt haben sollen. ich konnte nicht alles mitschreiben; das folgende ist also unvollständig.)

enssln und meinhof waren zeitweise täglich eine stunde zusammen. raspe wurde das angebot gemacht, mit einem kleineren kreis der anstalt zusammen hofgang zu machen. von diesem angebot hat er keinen gebrauch gemacht. es gab einen senatsbeschluß, nach dem der hofgang mit den anderen gefangenen der anstalt erlaubt sein sollte, soweit die angeklagten und die anderen gefangenen eine anschließende körperliche durchsuchung akzeptierten. das wurde nicht angenommen, wohl auch von seiten der anderen gefangenen nicht. später wurde der beschluß dahin abgeändert, daß die anschließende durchsuchung nach ermessens der anstalt erfolgen sollte. damit wollte der senat, soweit ihm das von außen möglich war, die bereitchaft der anderen gefangenen zu gemeinsamen hofgang fördern. auch davon wurde kein gebrauch gemacht. später konnten die angeklagten bis zu vier stunden täglich zusammen sein.

alle diese maßnahmen des senats dienten der schaffung von kontaktmöglichkeiten für die angeklagten. nach der entführung von peter lorenz wurden sie aufgehoben, der gemeinsame hofgang jedoch bald wieder eingeführt. später wurde dann durch beschluß erneut der umschluß genehmigt. eine halbe stunde nach wirksamkeit der verfügung geschah dann der überfall auf die deutsche botschaft in stockholm und der beschluß wurde sofort wieder suspendiert.

später kam dann der antrag, tischtennis für baader und raspe zu genehmigen. der senat schlug als kompromiß das spiel mit anderen gefangenen vor, das wurde abgelehnt. mehrfach wurde schließlich sonderumschluß gewährt, zum beispiel für die erörterung des briefes von altbundespräsident heinemann.

jetzt zeigt der senat ein wohl einmaliges entgegenkommen: die angeklagten erhalten an sitzungstagen vor dem beginn der nachmittagsitzung umschluß. darüber hinaus hat der senat jetzt trotz bedenken verfügt, daß die restriktionen seit dem stockholmer überfall ab 17.7.75 wieder aufgehoben werden.

darüber hinaus sind keine änderungen möglich. insbesondere kann kein kontakt mit anderen gefangenen gewährt werden. entgegen wohl den auffassungen der angeklagten gibt es keinen einheitlichen vollzug der untersuchungshaft. es findet stets eine sorgfältige abstufung nach gefahrlichkeit, fluchtgefahr und möglicher unterstützung von außen statt. bei den vier angeklagten handelt es sich um ein außergewöhnlich hohes risiko. baader wurde schon einmal unter beteiligung von meinhof befreit und dabei ein mensch lebensgefährlich verletzt. beide wurden dafür bereits verurteilt. darüber hinaus hat die bundesanwaltschaft neue befreiungspläne zitiert. die angeklagten in diesem verfahren kommen gerade vorzugsweise für befreiungspläne in betracht; das zeigt sich auch daran, daß sie auf der liste der stockholmer attentäter für die freizugebenden gefangenen standen.

die angeklagten kommen auch vorzugsweise für die agitation und anzettelung von aufruhr in der haftanstalt in frage. so existiert ein papier vom 16.7.1973, in dem es heißt, daß die trennung von politischen und kriminellen nicht durch die entpolitisierung der ersteren aufgehoben würde, sondern nur durch die politisierung der kriminellen.

aus allen diesen gründen konnten keine weiteren erleichterungen gewährt werden. es muß auch festgestellt werden, daß die gefangenen keiner sonderbehandlung unterliegen, sondern daß sie entsprechend dem § 119 abs. 3 strafprozessordnung behandelt werden. zwar unterliegen die gefangenen schon sehr lange der straf- und untersuchungshaft, aber gerade daher hat sich der senat stets bemüht, vergünstigungen und ausgleich zu gewährleisten.

so haben die gefangenen die vierfache besuchszeit gegenüber der von anderen gefangenen. sie haben eine handbibliothek und eine bibliothekszelle; insgesamt verfügen sie über mehr als 1800 bücher. ihnen stehen zeitschriften, radio, plattenspieler und schreibmaschine zur verfügung. außer raspe wohnen alle in großen zellen. der senat erwägt zur zeit, ob nicht die verlegung jeweils zu zweit in eine zelle geboten ist, um nicht die anderen gefangenen zu benachteiligen. insgesamt kann also keine rede von mangelndem kontakt sein. auch können die zellen der angeklagten nicht - wie durch sie geschehen - als "löcher" bezeichnet werden. der zustand der zellen ist der öffentlichkeit durch verschiedene veröffentlichungen ja hinreichend bekannt. die gefangenen wollen offensichtlich so behandelt werden, wie gefangene mit geringstem sicherheitsrisiko. das aber geht nicht.

nach dem ende der verkündung des beschlusses wird auf bitte der verteidigung eine zehnminütige pause eingelegt. danach erteilt schily das wort:

(erklärung nicht wörtlich) es ist notwendig klarzumachen, was heute vormittag abgelaufen ist. mir wurde das wort durch flucht entzogen. die tatsache, daß ein angeklagter etwas über rechtsgeschichte geäußert hat - wie auch immer - hat zum entzug des wortes geführt - und das bei einer erklärung eines angeklagten zu etwas, das unmittelbar mit seinem leben, mit seiner physischen existenz zu tun hat.

es ist viel über den übergang 1945 geschrieben worden. es ist eine tatsache, daß die bundesrepublik die rechtsnachfolge des reiches angetreten hat. es geht auch aus den juristischen zeitung, die heute aus der zeit noch in den seminaren stehen, deutlich hervor, daß der gesamte juristenstand personell ziemlich bruchlos übergegangen ist. man kann sagen, daß die

tradition des reiches auch im juristenstand fortlebt, wie das braunbuch zum beispiel zeigt. wenn nun ein angeklagter dazu stellung nimmt und ihm dann das wort wegen "beleidigung" entzogen wird, dann ist das absolut unzulässig. dabei mag es ja sein, daß tatsachen manchmal betroffene beleidigen, aber hier war noch nicht einmal eine bestimmte person angesprochen. meiner Überzeugung nach darf gerade hier doch wenigstens nach außen hin unter keinen umständen eine rechtsstaatliche garantie verweigert werden. schließlich ist auch zu fragen, warum das wort gerade an dieser stelle entzogen wurde. ich möchte an folgendes erinnern: hier im saal ist einem verteidiger der vorwurf des versuchten mordes gemacht worden, nicht als verdacht - daran sind wir inzwischen gewöhnt - sondern als tatsache: er verfolge die strategie, den richter physisch und psychisch zu vernichten. das ist ein schwerer vorwurf. dennoch hat es dazu kein wort, nicht einmal eine sanfte rüge des vorsitzenden gegeben und er hat noch viel weniger gesagt, die bundesanwaltschaft habe das rederecht verwirkt". das ist doch ein interessanter hinweis darauf, was in den köpfen derjenigen vorgeht, die hier rügen oder auch nicht rügen. der senat ist sogar noch weiter gegangen und hat diese ehrabschneidende behauptung in eine entscheidung aufgenommen.

das abschneiden des wortes ist kein bloßer zufall. man muß sich die struktur vor augen halten: es wird nichts anderes verfolgt als die verzerrung der tatsachen. die unterhaltung über isolation, ihre einzelheiten, auswirkungen und zwecke wird in einen bereich außerhalb der hauptverhandlung gedrängt. dazu wird ein vorwand gesucht, um das wort abzuschneiden, und dann folgt schließlich ein beschluß, der das ganze äußerlich absichert.

für die angeklagten muß sich hier der eindruck aufdrängen, daß es nicht um sachentscheidungen geht, sondern um die äußere absicherung einer haftform, die auf die vernichtung der gefangenen abzielt. es ist grund genug für die verteidigung, das auge der öffentlichkeit auf diese besorgniserregende entwicklung hinzulenken.

prinzing antwortet auf diese erklärung, er lasse sich natürlich auf keine diskussion darüber ein. aber immerhin sei letzstens die bundesanwaltschaft mit der gestapo verglichen worden und selbst da habe er gewähren lassen. er wolle schließlich die behauptung, daß die tatsachen verzerrt werden sollten, nicht qualifizieren; er weise sie aber zurück. dazu plottnitz: sie wollen die behauptung nicht qualifizieren, weisen sie aber zurück. prinzing: ich sage dazu nichts mehr. plottnitz: es gibt hier immer dann konflikte, wenn die gefangenen etwas aus ihrer sicht darstellen wollen. prinzing: es geht hier überhaupt nicht um die unterdrückung von irgendetwas. es muß nur sachlich bleiben, dann kann alles gesagt werden.

baader korrigiert prinzing. er habe die bundesanwaltschaft nicht in die nähe der gestapo gerückt; das wäre auch falsch, da die gestapo eine polizeibehörde gewesen sei, die bundesanwaltschaft sei aber etwas anderes.

baader will eine gegenvorstellung zum beschluß des senats abgeben. vor beginn bittet er den senat, ihn nicht wie üblich zu unterbrechen, und stellt außerdem die frage voran, inwiefern seine vorherige äußerung die zum wortentzug geführt hatte, die form verletze. "können sie mir das bitte mal ganz genau erklären?"

prinzing: das können sie sich von ihrem verteidiger erklären lassen. heldmann wehrt sich: das geht nicht, das kann ich ihm nicht erklären, da ihm das wort wegen einer privilegierten äußerung, nicht aber wegen ungebühr entzogen wurde.

baader beginnt: es wurde hier behauptet, unser intervan hausner sei darin begründet, daß er versuchte, uns zu befreien. das ist falsch. wichtig ist in diesem zusammenhang die diskussion um den todesschuß. schließlich wurde hausner als gefangener liquidiert.

- die bundesanwaltschaft unterbricht: man stelle antrag auf entziehung des wortes. baader gebe nur beleidigungen von sich und sage nichts zur sache.

prinzing mahnt baader, sich auf die sache zu beschränken. der mordvorwurf sei eine beleidigung.

dazu baader: dieser punkt sei von der bundesanwaltschaft vorgebracht worden und er müsse dazu stellung nehmen können.

prinzing will nur eine stellungnahme zum beschluß des senats zulassen. baader fährt fort: -

der beschluß des senats hat als kempunkt ein todesurteil gegen uns - mit dem vorteil, daß es nicht ausgesprochen wird. es ist wissenschaftlich erwiesen, daß der mensch mindestens zehn kontaktpersonen braucht, deren zusammensetzung auch fluktuieren muß, damit nicht auf dauer ein persönlichkeitsverfall eintritt. sie wissen das.

unsere untersuchungshaft wird noch drei jahre dauern. dann werden wir insgesamt sechs jahre in untersuchungshaft gesessen haben. dazu kommt dann nochmal eine einzelhaft von drei jahren in der straffhaft und so ergibt sich eine dauer der isolation von insgesamt neun jahren. das ist nicht zu überleben. aber diese tatsachen werden durch ein rein kriminologisches verständnis der isolation überspielt.

uns wird unterstellt, wir würden nur deshalb versuchen, aus der isolation herauszukommen, um unruhe zu stiften und aufstände anzuzetteln. hier provoziert die bundesanwaltschaft und der senat übernimmt ihre begründung. der senatsbeschluß wird in diesem punkt mit einem papier begründet, das ich hier nicht verlesen will, weil es zu lang ist. dieses papier tauchte

damals in stammheim auf und wurde am 18.12.74 in der stuttgarter zeitung veröffentlicht - gerade vor dem damaligen senatsbeschluß arrangiert, der sich darauf bezog. tags darauf meldete sich ein gefangener der anstalt, der das papier mit dem aufruf zum widerstand verfaßt hatte und der es anders als in der veröffentlichung unterschrieben hatte, nämlich keineswegs mit raf. er verlangte eine richterliche vernehmung und stellte fest, daß das papier gefälscht sei. dies alles wurde nicht beachtet, das gefälschte papier wurde voll übernommen. das ist eine provokation.

dann existiert ein fetzen papier, den die bundesanwaltschaft angeblich vor eineinhalb jahren in frankfurt gefunden hat und der angeblich von mir stammen soll. darin werden befreiungspläne aufgeführt. was aber soll das beweisen? es gibt keinen gefangenen, der sich nicht befreien will. und wenn das papier von mir wäre: wie soll damit die rechtfertigung der isolation von 40 weiteren gefangenen stattfinden? wie soll das die einrichtung von toten trakts begründen? wie soll es auch nur die isolation der anderen drei hier sitzenden gefangenen rechtfertigen? das ganze ist eine einzige manipulation. das sieht man schon an dem widerspruch, daß einerseits behauptet wird, es gäbe keine sonderbehandlung, andererseits aber verfügt wird, daß die sonderbehandlung andauert. unser antrag war schon von vornherein sinnlos. prinzing konnte von vornherein schon gar nicht anders entscheiden, denn er unterliegt der herrschaft der bundesanwaltschaft. das wird sich auch bei der untersuchung von uns durch ein ärztgremium zeigen.

tatsachen, zweck, wirkung und konzept der isolation haben wir inzwischen wohl genau genug beschrieben. prinzing kennt die wissenschaftlichen ergebnisse und er perfektioniert genau acht wochen vor beginn der hauptverhandlung die isolation, zur erleichterung des verfahrens. kennzeichnend ist auch die aussage von bundesanwalt vidua: was hier geredet wird, bestimmen wir! und die tatsache, daß drei tage vor der hauptverhandlung unser verteidigungskonzept aus der zelle geholt wird. so wird eine verteidigung unmöglich gemacht. dazu kommt der ausschluß der anwälte...

- hier und in der folgenden passage unterbricht prinzing mehrmals und mahnt: zur sache! -

die "fortführung der kriminellen vereinigung aus der haft heraus" ist eine zentrale lüge der bundesanwaltschaft und der regierung zur kriminalisierung der verteidigung. als grund gibt es nur die pressekonferenzen der anwälte, keine tatsachen, nur willkürliche behauptungen, die aus der hetzkampagne übernommen wurden. das alles ist nur von der funktion her zu begreifen: der vernichtung.

der vorwurf der "fortführung der kriminellen vereinigung aus der haft heraus" hat sich am widerstand gegen die haftbedingungen entwickelt. erstmals tauchte er nach dem tod von holger meins bei innenminister maihofer auf, der auch von einem "übergesetzlichen notstand" sprach. man muß sich vor augen führen: der grund für diesen "übergesetzlichen notstand" war nicht etwa eine guerrilla-aktion, ein aufstand oder so etwas, sondern der hungerstreik.

dann wurde behauptet, wir würden den gesamten untergrund europas aus unseren zellen heraus "steuern". zur erinnerung: zu genau der zeit lagen wir bis zu fünf stunden täglich gefesselt an einen tisch, bewegungslos.

es gibt nur die erklärung, daß schon die existenz der gefangenen allein staatsgefährdend ist. sogar ein toter gefangener ist das noch: straub hat einen film gedreht über gefängnisse und auf massiven druck hin durfte er einen toten (anm.: holger meins) nicht einmal erwähnen.

die zweite behauptung im beschluß lautet, wir hätten den stockholmer anschlag gesteuert. es gibt aber keinen zusammenhang, wir wußten vorher nichts davon. auch die hamburger haben, wie wir jetzt erfahren, die nachricht von stockholm aus dem radio erfahren, bevor es ihnen weggenommen wurde.

die gefangenen bekommen also den status von geiseln. als folge eines befreiungsversuchs von außen werden die haftbedingungen verschärft. das kann nur die funktion von rache haben.

der ehemalige präsident des oberlandesgerichts stuttgart, schmid, hat gesagt, das klima erinnere an das vor der machtergreifung 1933. das ist so, weil es folge und ausdruck der machtergreifung des faschismus hierzulande ist. der rechtsstaat leidet hier nicht, sondern er kommt auf seinen begriff. der faschismus von heute kommt aus den institutionen.

- prinzing unterbricht hier und im folgenden wieder. baader solle zur sache sprechen. baader: ich will es jetzt an ihr herz legen, daß ich, wenn sie so weiter zensieren, hier nicht mehr teilnehmen werde. prinzing bestreitet eine zensur und betont ausführlich, daß baader mehr als jeder andere angeklagte in jedem anderen verfahren an der sache habe vorbeireden dürfen ("das können sie mir bei meiner erfahrung glauben."). er holt dann auch eine belehrung nach, die in der regel erst zu beginn der vernehmung zur sache gegeben werden muß, bei dem langen vor-verfahren aber schon seit einiger zeit angebracht ist: alles, was baader sage, könne auch gegen ihn verwandt werden und er brauche sich nicht zur sache zu äußern. schily greift ein und moniert die formulierung "gegen den angeklagten". es könne nämlich etwas ausgesagtes auch mal für den angeklagten sprechen; die belehrung müsse daher korrekt lauten, daß aussagen verwertet werden könnten.

baader fährt fort: -

die gesellschaft wird heute verstaatlicht als tendenz gegen die entwicklung zum sozialismus. das ist auch die tendenz, aus der die raf entstanden ist und in der sie sich versteht. gegen die strategie der offensiven information wird jetzt ein "offensivkonzept als volksverhetzung", wie es ein fdp-parlamentarier formuliert hat, gesetzt. auf den gesellschaftlichen antagonismus reagiert der staat mit unterdrückung. für uns soll überhaupt kein recht gelten. sogar das sonderrecht hier wird noch gebrochen. in allen raf-verfahren geht es gesetzlos zu - und das soll die funktionsfähigkeit des rechtsstaates beweisen.

doch diese entwicklung zeige eine dialektik, die sich auch für uns auswirkt. so wird prinzing jetzt auch von konservativer presse kritisiert.

die bundesanwaltschaft unterbricht: baader müsse das wort entzogen werden, er mißbrauche es fortwährend.

prinzing: "ich kann ihnen da noch nicht einmal widersprechen. er mißbraucht sein wort." trotzdem solle er fortfahren können. die letzten angriffe trüben schließlich ihn persönlich, aber er wolle das zulassen, die öffentlichkeit könne "das ruhig hören". zu baader: er solle jetzt noch kurz zur sache sprechen.

baader gibt zurück, es handle sich hier um komplexe zusammenhänge, die nicht kurz entwickelt werden könnten.

prinzing (ungeduldig): wie lange brauchen sie? Baader (unwillig): vielleicht zwanzig minuten. prinzing: also sie können bis zwölf uhr zur sache sprechen (es ist 11.55 uhr). sie sollen jetzt hier keine erklärungen abgeben, sondern nur eine gegenvorstellung.

heldmann greift ein: wenn die gegenvorstellung um 12.00 uhr abgebrochen wird, dann muß sie eben in der nächsten sitzung fortgeführt werden.

baader: sie unterbrechen immer, wenn ich komplexe zusammenhänge entwickeln will. die sache, über die ich jetzt rede, ist wichtig. ich muß darstellen, wie die senatsentscheidungen zustande kommen.

prinzing meint, das gehöre nicht zur sache, plottnitz will etwas sagen, prinzing verwehrt ihm das wort, plottnitz stellt dann noch den antrag, daß es möglich sein müsse, daß prozeßanträge jederzeit, auch bei fragen, die nicht den eigenen mandanten direkt betreffen, gestellt werden könnten. prinzing hält den antrag für unzulässig und erteilt baader das wort mit der mahnung, daß er nicht allgemein entwickeln solle, wie es zu diesem verfahren gekommen sei.

baader: nein, ich will erklären, wie es zu diesem beschluß des senats gekommen ist. prinzing steht zwischen dem interesse der klasse, den faschismus als verrechtlichung durchzusetzen, und dem interesse der bundesanwaltschaft am offenen rechtsbruch.

die erklärungen sind damit beendet. die bundesanwaltschaft nimmt stellung:

wir beantragen, die gegenvorstellung zurückzuweisen. baader ist nicht richter über das gericht und die bundesanwaltschaft. es darf nicht vergessen werden, daß er wegen mord und weiterer strafaten vor gericht steht. wir meinen auch, daß er mit dem beschluß des senats zufrieden sein könnte. wir möchten auch noch darauf hinweisen, daß sich die bundesanwaltschaft bisher in jeder sitzung um objektivität bemüht hat (lachen auf der anklagebank; unterdrücktes lachen auch hier und da im saal) und schließlich hinzufügen, daß trotz der unschuldsumsetzung für die bundesanwaltschaft keine verpflichtung besteht, herrn baader mit glacehandschuhen anzufassen (beifall von vielleicht zehn oder fünfzehn zuschauern, die alle in der gleichen gegend sitzen).

prinzing zum saal: bitte unterlassen sie das, "sonst müßte ich auch noch maßnahmen im saal ergreifen, das wäre ja noch schöner".

die sitzung ist um 12.05 uhr beendet.

beobachtungen

um 8.10 uhr komme ich vor dem prozeßgebäude an. ungefähr 15 leute stehen vor dem eingang. ich stelle mich dazu, denke, daß ich viel zu früh da bin. weitere leute kommen. als wir ungefähr 30 sind, röhrt es über lautsprecher: "meine damen und herren, alle plätze für zuschauer sind besetzt. unter umständen wird der einlaß um 9.30 uhr erneut geöffnet" (dann wird ein teil der unbesetzt gebliebenen presseplätze freigegeben). also muß ich wider erwarten warten. ich habe vergessen einzukalkulieren, daß ferien sind.

um 9.30 uhr komme ich dann rein. wohl entsprechend den ferien ist diesmal das publikum: im schnitt ein ganzes stück jünger als bisher, mehr schüler und studenten als sonst.

die erklärungen der angeklagten sind heute klarer formuliert und verständlicher vorgetragen als sonst. vielleicht irre ich mich, aber mir scheint die aufmerksamkeit im saal größer. das kann aber auch an der verjüngung des publikums liegen. jedenfalls dürften denjenigen anwesenden, die überhaupt etwas mitkriegen wollen oder können, die von den angeklagten

gemeinten zusammenhänge klarer geworden sein.

ein junger mann neben mir sagt zu seinem begleiter: "das können die (gemeint ist die bundesanwaltschaft) doch nicht machen, baader-meinhof und stockholm, also 2. juni, und alles so in einen topf werfen, das ist ja unmöglich."

als prinzing den beschluß zu der änderung der haftbedingungen zu ende vorgelesen hat, nicken sich zwei zwangsverteidiger direkt vor mir anerkennend zu: gut gemacht, senat, scheinen sie sich sagen zu wollen. und sie meinen damit offensichtlich den letzten abschnitt des beschlusses (siehe oben im bericht)...

rechts neben mir sitzen zwei journalisten. einer davon sieht so aus, wie ich mir den reporter in bolls "katharina blum" vorstelle, nur ein ganzes stück älter. er fragt seinen nebenmann, wie der beschluß des senats zu den haftbedingungen gelaute habe. der andere antwortet und erklärt auch das mit dem tischtennis. der erste strahlt über das ganze gesicht oder besser: grinst und meint mit einer widerlich-feinschmeckerischen fröhlichkeit ganz lässig: "wissen sie, da werde ich so was lustiges schreiben, mit ping-pong und so." der andere: "ich kann das nicht, ich habe nicht so viel platz."

am nächsten tag lauten die schlagzeilen über den prozeßberichten in der frankfurter rundschau: "baader und raspe dürfen in zukünft tischtennis spielen" und in der welt: "baader und raspe dürfen jetzt zusammen tischtennis spielen". so wird der hauptinhalt der verhandlung kurz zusammengefaßt.

in einer pause unterhalte ich mich mit einem jungen schwedischen journalisten ("meine zeitung ist konservativ, ich nicht.") er meint auf meine fragen:

der anschlag auf die deutsche botschaft hat in schweden keine hysterie ausgelöst. alles ist wie sonst. nicht so wie in bonn, wo ich gerade herkomme und wo alles voll von panzern ist. die sache hat auch keine emotionen für oder gegen "die deutschen" geweckt; man denkt: das war eine kleine isolierte gruppe. die entscheidungen der schwedischen und der deutschen regierung hält man in der öffentlichkeit überwiegend für richtig. man denkt aber dazu, daß die schwedische polizei großes glück darin gehabt hat, daß die sprengsätze vorzeitig hochgegangen sind.

zu dem tod von hausner hat es keine besonderen berichte und keine kritik gegeben. es ist aber bekannt, daß der zuständige arzt die verantwortung für einen transport hausners abgelehnt hatte.

das interesse an dem stuttgarter prozeß ist bisher in schweden gering. bis jetzt waren ja auch alles nur formelle fragen im vordergrund. wenn die anklageverlesung beginnt, dann fängt es erst richtig an, dann werden wohl viele kommen, weil es dann erst interessant wird. ich selbst bin heute auch das erste mal da, ich hole erst jetzt meinen journalistenausweis für das verfahren.

TÜBINGEN (ID)
23. juli

GEWERKSCHAFTSVERTRETER IN DIE KASERNE -
OBERST FLOG

zum tag der offenen tür in der tübinger kaseme der französischen armee am 29. juni waren auch vier delegierte der französischen gewerkschaft cfdt gekommen. nach einigem hin und her wurden sie vom kommandanten, oberst pichot, durch die kaseme geführt und durften auch einen soldaten in seiner lichtlosen arrestzelle besuchen. auf ihre intervention hin wurde der soldat in eine bessere zelle verlegt. am 15. juli kam dann die nachricht, daß oberst pichot seines amtes enthoben sei, weil er die teilnahme der cfdt-vertreter am tag der offenen tür zugelassen hatte.

SPEYER (ID)
23. juli

SOLDATEN MACHTEN BEIM
GELÄNDELAUF NICHT MIT

beim 10. pionier-regiment der französischen armee in speyer war am 18. juni ein geländelauf angesetzt. ohne organisierung durch das soldatenkomitee in speyer und ohne politische absichten machten jedoch etwa ein viertel der soldaten nicht mit: anstatt zu laufen, spazierten sie gemächlich.

die französische armee machte diese weigerung zu einem politikum, erklärte sie zu einer "antigaullistischen demonstration" und ging wahllos gegen soldaten der betroffenen einheit vor. ohne kenntnis des einheitsführers in speyer wurden etwa eine woche später 12 soldaten verhaftet, etwa die hälfte wurde versetzt, einige erhielten arreststrafen bis zu 30 tagen. die begründung für die strafen war, daß der "gang" im gegensatz zum "lauf" eine kollektive erklärungen gegen die disziplin war - also etwas ähnliches wie meuterei.

durch den großen wirbel und die wahllosen verhaftungen

und bestrafungen, die viele unbeteiligte soldaten trafen, machte die armee ungewollt gute propaganda für das in speyer arbeitende soldaten-komitee und deren zeitung spirat rouge.

FRANKFURT
23. juli

"WINTEX 75": GEGEN DEN INNEREN FEIND

vom 3. bis 14. märz dieses jahres fand die winterübung der bundeswehr "wintex 75" statt. informationen, die uns jetzt erst zugegangen sind, beweisen, daß dieses manöver einen anderen charakter hatte, als in der öffentlichkeit dargestellt, es wurde in dieser übung nicht nur der "verteidigungsfall" gegen einen angenommenen "äußeren aggressor" geprobt, das ganze manöver war eine probe für den krieg an zwei fronten: der äußeren und der inneren. wie aus den uns zugegangenen funksprüchen klar hervorgeht, war "wintex 75" zu einem wesentlichen teil ein großangelegtes bürgerkriegsmanöver.

so stellen sich die herren "chefstrategen" die "kommunistische infiltration" im ernstfall vor: nachdem die feindlichen streitkräfte (orange) die stellung zum angriff hinter der grenze eingenommen haben, wird in der brd eine organisation namens "canto" gegründet. diese setzt sich zum ziel, die bevorstehende intervention der orange-kräfte durch sabotage, guerillaaktivitäten und unruhestiftung zu begünstigen. es werden flugblätter verteilt, deren inhalt folgendermaßen wiedergegeben und beurteilt wird: "abzug der us-truppen, austritt aus der nato, aufforderung an die soldaten, die gewehre umzu-drehen. bewertung: beunruhigung der bevölkerung wurde teilweise erreicht."

die bundeswehrführung geht daran, die innenpolitische lage zu stabilisieren. die soldaten werden über die kommunistische propaganda aufgeklärt, es wird hart gegen die saboteure und guerillas vorgegangen.

aber das planspiel handelt nicht nur vom kampf einiger weniger politischer agenten des äußeren feindes im innern, die bei ihren aktivitäten gegen staat und armee weitgehend isoliert sind und sich ausschließlich auf die wirkung ihrer waffen verlassen müssen.

in kaum noch verschleierte form wird gesagt, gegen wen der hauptstoß an der "inneren front" geführt werden soll. so heißt es in den funksprüchen, daß verschiedene firmen, die mit der bundeswehr in vertrag stehen, sich weigern, weiterhin instandsetzungsaufträge durchzuführen. es wird vermutet, daß es "nicht ausgeschlossen (ist), daß sie (die unternehmer) so handeln, weil sie unter druck von linksgerichteten kreisen stehen." da man kaum davon ausgehen kann, daß es "linke" unternehmerkreise sind, die hier druck ausüben, bleibt nur eins: es wird angenommen, daß die betroffenen kapitalisten von den arbeitern ihres betriebes gezwungen werden, die dienste für die bundeswehr zu verweigern. die schlußfolgerung der bundeswehr-führung: es sei zu veranlassen, daß die firmen xyz "... zwangsweise verpflichtet werden, inst-aufträge der bundeswehr auszuführen." wie solch eine "zwangsweise verpflichtung" aussehen würde, wurde schon bei verschiedensten notstandsübungen geprobt. der betrieb wird von soldaten umstellt und unter kontrolle gebracht. die rebellierenden arbeiter werden mit waffengewalt "befriedet."

daß die eigentliche stoßrichtung dieses manövers nicht gegen isolierte einzelkämpfer ging, sondern gegen die arbeiterbewegung, zeigt noch ein anderes indiz: in ihrem übereifer gehen die militärstrategen so weit, die ebene des spiels zu verlassen. sie beziehen sich in ihren funksprüchen auf existierende organisationen der arbeiterbewegung. es sind nicht nur "canto"-mitglieder, die "die bevölkerung aufhetzen", es sind nicht nur "canto-führer", die verhaftet werden, sondern es handelt sich um dkp-mitglieder, die flugblätter verteilen und die festgesetzt werden, es ist der "rote morgen", der aufgefunden und sichergestellt wird.

die vorgänge um "wintex 75" stehen im rahmen der allgemeinen militarisierungstendenzen: massive aufrüstung der bundesgrenzschutz, wiederholte übungen gegen streikende arbeiter, tendenz zur zentralisierung des polizeiapparates, aufstellung und ausbildung von "anti-terroristen"-truppen.

die tendenz zur zunehmenden militarisierung richtet sich jedoch nicht nur nach innen. die aufforderung lebers - als reaktion auf das us-debakel in vietnam und kambodscha - die verteidigung der brd zu verstärken, die jüngsten anmahnungen des us-ministers schlesinger, die mitgliedstaaten der nato müßten ihre "verteidigungsanstrengungen" erhöhen, die schon konkret diskutierten pläne für eine neue - noch kostspieligere - nato-infrastruktur - all dies deutet auf einen umschwung in der "ostpolitik" der imperialistischen staaten an; eine wende, die neben der für diese länder wirtschaftlich profitablen zusammenarbeit die militärische konfrontation wieder stärker in den vordergrund stellen soll.

auch im hinblick auf diesen aspekt ist "wintex 75" lehrreich: die übung zeigt, daß die "atomwaffensperverträge", die immer wieder beschworene tatsache: "die bundeswehr besitzt keine a-waffen" in wirklichkeit einen fetzen papier wert sind: während dieser übung wurden (pseudo-) atomwaffen eingesetzt! daß es sich nicht um a-waffen mit der aufschrift "eigentum der bundeswehr" handelte, sondern um solche, die vom 5. us-korps zur verfügung gestellt wurden, ist hierbei völlig belanglos.

(aus "was tun")

NÜRNBERG (ID) HUNGERSTREIK DER TÜRKEN GEGEN 22. juli ABSCHIEBUNG

wie im id nr. 85 berichtet wurde, kamen 28 türkische arbeiter wegen eines streiks gegen entlassungen bei dynamit nobel/fürth ins gefängnis. davon kamen sieben gleich in abschiebehaft und 21 in u-haft (anklage landfriedensbruch). aber auch diese 21 mußten mit aufhebung der u-haft und abschiebung rechnen, was ja auf grund des ausländergesetzes leicht möglich ist - begründung: verletzung der belange der brd.

zu den haftbedingungen der türken: besuch wurde nur alle 14 tage ermöglicht, da angeblich kein dolmetscher dagewesen sei; post und zeitungen kamen verspätet, kein fernsehen und kürzere duschzeiten im gegensatz zu den anderen gefangenen.

die rechtsanwälte haben alle juristischen möglichkeiten ausgeschöpft, aber ohne erfolg. die gerichte haben bisher 27 türkische arbeiter und arbeiterinnen abgeschoben. nur einer hat asyl beantragt, weil ihm in der türkei eine 10 - 12-jährige haftstrafe droht wegen seiner mitgliedschaft in einer in der türkei verbotenen organisation. allerdings können damit auch einige andere bereits abgeschobene türken rechnen.

am 30. juni traten 24 inhaftierte und 15 ihrer familienangehörigen in den hungerstreik, um die abschiebung zu verhindern und die öffentlichkeit auf die praxis der justiz aufmerksam zu machen. der hungerstreik der angehörigen wurde von der evangelischen studentengemeinde nürnberg unterstützt und fand im gemeindesaal st. markus, nürnberg, statt. nachdem nach einer woche klar war, daß die inhaftierten türken endgültig abgeschoben wurden, brachen alle den hungerstreik ab. der hungerstreik der türken war in der augenblicklichen situation wenig erfolgreich: ausländische arbeiter, insbesondere politisch mißliebige, werden schnell abgeschoben.

die erklärung der türken bei aufnahme des hungerstreiks

wir, die arbeiter aus der türkei, sind in letzter zeit von einem besonderen unrecht betroffen. am 12. mai wurden 28 arbeiter und arbeiterinnen aus der türkei, die bei dynamit nobel in fürth gegen die unvorhergesehenen 19 entlassungen der arbeiter verschiedener nationalitäten, gegen die schlechten arbeitsbedingungen, unterdrückung und ausbeutung gestreikt haben, von der deutschen polizei festgenommen. die gerechten forderungen wurden von der betriebsleitung abgelehnt. sie versuchte, durch die meister und die firmenfreundliche dolmetscherin unseren streik zu brechen. dies blieb aber erfolglos.

wir führen unseren kampf entschlossener als je zuvor weiter. gegen diese entschlossenheit schicken sie dann auf uns die polizei. unsere kolleginnen und kollegen wurden von polizeiautos abtransportiert. der streik wurde von der polizei zerschlagen. jetzt werden unsere kollegen beschuldigt, gegen die belange der brd verstoßen zu haben, obwohl sie nur gegen entlassungen, unterdrückung und ausbeutung gestreikt haben. sie werden in die türkei abgeschoben. sofortige freilassung aller inhaftierten streikenden! weg mit dem reaktionären ausländergesetz! keine abschiebung!

(die erklärung wurde am 30. juni abgegeben.)

FRANKFURT (ID) WIE VERHALTE ICH MICH ZUM BERUFSVERBOT ? 23. juli

das aktionskomitee gegen berufsverbote, in berlin, hat zwei broschüren über berufsverbote herausgegeben. aus dem inhalt: rechtliche grundbegriffe zur berufsverbotspraxis; welche rechte habe ich, wenn ich zu einem gespräch über "zweifel an der verfassungstreue" aufgefordert werde?; wie verhalte ich mich, wenn meine einstellung in den öffentlichen dienst (referendar, lehrer z.a.) abgelehnt wird?; wie verhalte ich mich, wenn mir aus politischen gründen gekündigt wird?; wie verhalte ich mich bei disziplinarverfahren? anhang aus der rechtsprechung: die zweite broschüre dokumentiert einzelfälle. zu beziehen bei: aktionskomitee gegen berufsverbote an der fu berlin, l berlin 33, ihnestr. 21 (osi, raum 100)

FRANKFURT (ID) "LOTTA CONTINUA" SPRICHT DEUTSCH 23. juli

vor einigen tagen ist die nr. 2 der "lotta continua-mitteilungen" erschienen. dieses auslandsbulletin der tageszeitung "lotta continua" erscheint in deutscher sprache in ungefährem monatsturnus. wir zitieren aus dem vorwort:

"die mitteilungen richten sich vor allem an organisationen der revolutionären linken, an publikationsorgane, an genossen, demokraten und antifaschisten, die an den klassenkämpfen in italien und den positionen der revolutionären organisation lotta continua interessiert sind.

wir wollen in diesen mitteilungen, die sich derzeit noch im aufbau befinden, wichtige texte abdrucken, die aus unserer tageszeitung oder anderen politischen dokumenten unserer organisation stammen, aber auch

texte, die eigens zur verbreitung im ausland bestimmt sind, sowie solche, die nicht von unserer organisation stammen, aber für unsere arbeit wichtig sind." das bulletin kostet 2,- mark und ist zu beziehen über die karl-marx-buchhandlung, 6 frankfurt am main, jordanstr. 11.

FULDA (ID) SCHWARZE HILFE HILFT
21. juli

seit ein paar wochen gibt es in fulda eine schwarze hilfe, deren betätigungsfeld sich momentan auf "betreuung" (d.h. hilfe bei rechtsfragen, materielle unterstützung, öffentlichkeitsarbeit etc.) von gefangenen im fuldaer knast beschränkt. die arbeit wird in erster linie mit sogenannten unpolitischen gefangenen gemacht. uns kann es nicht allein um die politische prominenz im knast gehen, sondern um diejenigen, die durch dieses verbrecherische system zur "kriminalität" getrieben wurden und werden. insofern sind alle gefangenen politische gefangene.

wir sind auch dabei, eine beratungsstelle für "rechtsfragen im alltag" zu machen, z.b. mieterschutz, rechtsfragen bei demos etc. kontaktadresse: s.h., c/o rolf löchel, 64 fulda, postfach 1421.

++ ZUR LAGE IN PORTUGAL ++

LISABON (ID) DIE "REPUBLICA" MELDET:
22. juli

unter arbeiterkontrolle erscheint seit zwei wochen die "republica". die druckereiarbeiter hatten sie am 19. mai besetzt - was die bourgeoisie der ganzen welt auf die barrikaden trieb. der id wird in zukünftige wichtige artikel aus der "republica" veröffentlichen.

ARBEITERKONTROLLE STATT STAATSBÜROKRATIE

"die staatliche bürokratie ist unwirksam" - lautet die anklage der arbeiter von neun elektro-metallverarbeitenden unternehmen. die koordinierende kommission der unternehmen (die aus je drei vertretern der arbeiter-kommissionen von sorefame, mague, sepsa, cometna, setenave, lisnave, equimetal, efacac, und constructora moderna besteht) stellt außerdem fest, daß "die staatliche bürokratie größtenteils mit den wirklichen interessen der nationalen wirtschaft auf dem weg zum sozialismus kollidiert"; daß "die isolierung jedes einzelnen unternehmens notwendigerweise zur verdoppelung der investitionen und dadurch zum devisaabfluß aus portugal führt"; daß "diese isolierung mehr noch ein hindernis ist gegen eine notwendige planungswirtschaft für den fortschritt im sinne des wissenschaftlichen sozialismus"; und daß "die gegenwärtige krise dieses industriesektors sich verschärft, wenn nicht sofort folgende energische maßnahmen ergriffen werden";

diese maßnahmen wurden auf der versammlung vom 14. juli beschlossen:

"die koordinierende kommission muß sofort mit den gesamten kontrollfunktionen über das projekt ausgestattet und tätig werden (die seinerzeit der ingenieur martins pereira innehatte); jedes unternehmen entsendet einen techniker, so daß mit der diskussion über eine mögliche investition in sines begonnen werden kann, einem montagebetrieb für eisenbahnwagons; vom obersten revolutionsrat fordern wir die sofortige offizielle anerkennung des kommissariats der elektro-metallverarbeitenden unternehmen...; wir fordern die sofortige auflösung der ciep (staatliche instanz im wirtschaftsministerium) und kritisieren ihr verhalten gegenüber den arbeitern dieses industriesektors, die mehr als einmal nicht angehört wurden - die arbeiter, die als einzige zuverlässig ihre realen interessen für den fortschritt des revolutionären prozesses vermitteln können."

ihre entscheidungen gibt die kommission offiziell dem revolutionsrat, dem präsidenten des ministerats, dem ministerium für industrie und technologie und den informationsmedien bekannt.

die koordinierende kommission ist überzeugt, daß die probleme dieses wichtigen industriesektors auf diese weise "nicht mehr auf kosten der arbeiter gelöst werden", wie es am 10. juli geschah, als eine versammlung statt fand mit einer regierungs-abeilung (generaldirektion der industriellen dienstleistungen) und der verwaltung der ciep (die nur die kapitalistischen und monopolistischen interessen der aufsichtsräte vertritt), um eine investition von etwa 16 millionen mark im industriegebiet von sines zu diskutieren."

(aus: republica, 16. juli)

LISABON (ID)
24. juli

LISNAVE : AVANTGARDE DER ARBEITERKONTROLLE

die lisnave-werft (direkt am stüder des tejo gelegen) ist mit 8.000 arbeitern eins der größten unternehmen in portugal. lisnave steckt in einer schweren krise. das werk ist von auslandsaufträgen abhängig - und die fehlen. der boykott vor allem der sozialdemokratisch regierten länder europas wirkt sich aus. auf diese krise haben die arbeiter geantwortet, haben sich für die arbeiterkontrolle entschieden und sich organisiert. in der vollversammlung wurde der "verteidigungsrat der arbeiter" (conselho de defesa dos trabalhadores) gewählt, der alle funktionen einer arbeiter-kommission besitzt. die koordinierung mit kommissionen anderer betriebe wurde eingangsgesetzt.

die "republica", ebenfalls unter arbeiterkontrolle, hat mit den lisnave-genossen costa und oliveira, beide metallarbeiter, ein längeres gespräch geführt über die arbeit der kommission und ihre erfahrungen:

f.: gibt es möglichkeiten, neue märkte zu finden, die den auftragsboykott der europäischen länder ersetzen können?

a.: das unternehmen verhandelt gerade mit einer russischen delegation, die in portugal ist. genaueres darüber wissen wir noch nicht. wir glauben aber, daß diese verhandlungen für uns erfolgreich sein werden. die russische delegation war gerade auch in spanien, um die bedingungen dort zu prüfen.

Über den besuch einer polnischen delegation, über den die zeitung "capital" (lisaboner tageszeitung) berichtet hat, gibt es bisher nur spekulationen. wer das liest, könnte glauben, wir würden nur noch schiffe für polen bauen, aber das stimmt nicht.

f.: was habt ihr gemacht, um die mauern eurer fabrik zu überschreiten und um eure kräfte mit denen anderer betriebe zu vereinen?

a.: was die metallverarbeitende industrie angeht, so arbeiten wir, in übereinstimmung mit der position des ministers cravinho, an einer nationalen sekretariat mit, das zur planung und neuorganisation dieses industriesektors auf nationaler ebene geschaffen wurde.

wir arbeiten darin, weil wir z.b. tanks oder kräne herstellen können, falls andere unternehmen dieser art ausgelastet sind.

was die unternehmensgruppe "cuf" (größter portugiesischer konzernverband) betrifft: diese gruppe ist seit dem 11. märz nur wenig verstaatlicht worden, außer ihren banken und versicherungen. wir streben nun die gründung einer koordinierenden kommission der arbeiterkommissionen in der "cuf" an, die diesen konzern endgültig mitzerschlagen soll. es gab in barreiro kürzlich eine vollversammlung, auf der entsprechende kampfmäßige maßnahmen diskutiert wurden.

dort wurde die verstaatlichung der cuf-gruppe gefordert. der arbeiter-verteidigungsrat von lisnave enthielt sich auf dieser versammlung der stimme, weil er zuvor keine lisnave-vollversammlung mehr einberufen konnte, auf der dieses problem diskutiert werden konnte. wir stimmten jetzt allerdings mit dieser maßnahme völlig überein.

im moment ist die krise bei lisnave so weit, daß wir am monatsende nicht genügend geld für alle zahlungen haben. wir haben eine belastung von 20 millionen mark, es sind aber nur etwa 15 millionen zur verfügung. die banken müssen unsere ausgaben absichern. wenn lisnave nationalisiert ist, können wir sagen, es gibt andere arbeiter, die für lisnave bezahlen.

wir haben uns auf der vollversammlung der cuf-arbeiter der stimme enthalten, weil vorher unser plenum nicht getagt hatte. diese plenum ist das oberste organ für die lösung der probleme des unternehmens, und in zukunft werden die arbeiter die leitung des unternehmens übernehmen.

nach der nationalisierung müssen wir aufpassen, denn sie bedeutet für sich allein noch nicht die arbeiterkontrolle. blind auf die regierung und ihre bürokratie zu vertrauen, wäre keine garantie, daß die fabrik im dienst der arbeiter ist. mir scheint, daß bestimmte verstaatlichte unternehmen nicht von der bürokratie befreit sind und daß die arbeiter noch keineswegs an der lösung der probleme beteiligt sind.

das heißt: nach den verstaatlichungen ist es unbedingt nötig, die arbeiterkontrolle zu organisieren, denn nur so ist die garantie gegeben, daß die fabriken in ihrem dienst und in ihrem interesse geführt werden."

an dieser stelle veröffentlicht die "republica" passagen aus einem dokument, in dem der arbeiter-verteidigungsrat die prinzipien der arbeiterkontrolle definiert. dieses papier wird zur zeit in den versammlungen dieses industriesektors diskutiert:

"ausgehend davon

- daß in der gegenwärtigen phase des revolutionären prozesses die arbeiterkontrolle eine entscheidende aufgabe in der mobilisierung der basis für den aufbau der sozialistischen gesellschaft hat;

- daß die arbeiterkontrolle nur dann wirklich revolutionär ist, wenn sie in der basis verankert und aus ihrer eigenen kampferfahrung entstanden ist;

- daß die arbeiterkontrolle nur dann wirkungsvoll ist, wenn sie wohldefinierten organisationsregeln entspricht, die auf dem prinzip des demokratischen zentralismus aufbauen; schlagen wir die entwicklung einer umfassenden aktivität vor, die den regeln und prinzipien der arbeiterkontrolle entspricht, wie sie auf der arbeiter-vollversammlung am 27. mai beschlossen wurden;

- kontrolle der sozialen aktivitäten in der werft, d.h.

gegenüber dem privaten bereich, der information, der kulturellen und technischen bildung, der arbeitslosigkeit und der sozialen disziplin mit dem ziel, die arbeits- und produktionsverhältnisse dadurch zu verändern, daß man gegen ihren vorhandenen kapitalistischen charakter kämpft.

- kontrolle der aktivitäten in den handels- und produktionsbereichen, im finanziellen und ökonomischen sektor, im kauf und der versorgung, in planung und arbeitsüberwachung, bei den produktionsmitteln und den zulieferer-firmen.

- kontrolle und zugang zu allen dokumenten, seien sie intern oder aus dem verwaltungsbereich der werft und anderen unternehmen. völlige beseitigung von berufsgeheimnissen innerhalb der produktionseinheit. verpflichtung aller arbeiterorgane zur vermittlung aller informationen, die die kontrolle der produktion betreffen.

- kontrolle über alle ausgaben der firma, die sich auf produktionskosten, auf repräsentation und anderes beziehen.

- keine teilnahme an den entscheidungen der verwaltung, sondern veto gegen alle entscheidungen, die den arbeitern schaden, sei es bei der wahl bestimmter verwaltungsposten, sei es bei der personal-aufnahme.

- kontrolle über alle delegationen, die ins ausland reisen, und zwar dadurch, daß immer vertrauensleute der arbeiter mitfahren.

- entfesselung des kampfs gegen die wirtschaftspolitik der kapitalisten, sowohl auf der ebene des betriebs als auch auf der nationalen ebene des schiffbaues, gegen den ausschluß, gegen die wirtschaftssabotage, gegen die spekulation, gegen die schwarzseherei, gegen die gerüchtemacherei - gegen die arbeitslosigkeit und die kapitalistischen normen der unternehmensführung.

- schaffung von planungsinstanzen innerhalb der werft mit dem ziel, die wirksamkeit der arbeiterkontrolle und die entwicklung der produktivkräfte, sowie die steigerung der produktion, voranzutreiben. die arbeiterkontrolle muß die kriterien der mehrwertproduktion infragestellen, sie muß sich an der garantie der arbeitsplätze orientieren, an der verbesserung der arbeitsbedingungen, an neuen erfahrungen, die in zukunft die leitung der wirtschaft durch die arbeiter ermöglichen, im dienst des portugiesischen volkes.

- ausrichtung auf den kampf gegen die disziplin der kapitalistischen bonzen, auf den aufbau einer revolutionären disziplin im dienst der arbeiterkontrolle, auf die stärkung der arbeiterorganisationen als beitrage für den fortschritt des revolutionären prozesses."

soweit das dokument über arbeiterkontrolle.

"es ist klar", führt einer der lisnave-genossen fort, "daß die arbeiterkontrolle in den verstaatlichten unternehmen notwendig ist; in den privaten aber - wie lisnave - ist sie noch wichtiger, denn es gibt immer die gefahr von boykotts und machenschaften aller art.

die form der arbeiterkontrolle, wie sie bis jetzt gewachsen ist, ist noch sehr spontan. wir müssen uns jetzt organisieren, um sie wirkungsvoller zu machen."

f: "wie man weiß, haben sich die kp und die intersindical (gewerkschaftsdachverband, von der kp kontrolliert) für die arbeiterkontrolle eingesetzt, allerdings über den weg der gewerkschaften. wie denkt ihr darüber?

a: dem stimme ich nicht zu. auf dem weg zum sozialismus muß die arbeiterkontrolle sich auf die gesamte wirtschaft ausdehnen. das erreichen wir nur, wenn wir uns so eng wie möglich in ihr verankern. das heißt, der staat muß die unternehmen nationalisieren, sie der bourgeoisie und dem kapital entreißen und sie unter seine macht stellen.

nur nationalisieren reicht aber nicht. die verwaltungen, in den nationalisierten unternehmen eingesetzt sind, wurden durch leute geteilt, die dem faschistischen regime gedient haben. also ohne arbeiterkontrolle!

unter den arbeitern des betriebs sind die vorstellungen von arbeiterkontrolle kontrovers. manche sagen, sie diene zur kontrolle über die arbeiter. wir glauben, daß es keineswegs so ist. andere meinen eben, man wolle die strukturen des betriebes kontrollieren, indem man sie in unseren und den dienst aller arbeiter stellt.

man muß die arbeiter von lisnave darauf aufmerksam machen, daß die arbeiterkontrolle nur dann wirkungsvoll ist, wenn sie auf nationaler ebene praktiziert wird.

was deine frage angeht (denn ich bin gewerkschaftsführer), so will ich dir sagen: die gewerkschaften haben eine wichtige aufgabe zu erfüllen, aber es sind nicht sie, die die arbeiterkontrolle machen können, ausserdem würden sie nichts kontrollieren; es ist unmöglich, daß sie diese aufgabe übernehmen und zur gleichen zeit gewerkschaftliche organe (organe, die gewerkschaftliche forderungen stellen, d. übers.) sind. da der gewerkschaftliche kampf ein teilaspekt des arbeiterkampfes ist, müssen die gewerkschaftskommissionen des unternehmens mit den arbeiterverteidigungs-räten zusammenarbeiten (und in ihnen vertreten sein), die die organe der exekutiv-gewalt in jeder fabrik sind, und zwar dadurch, daß sie die vollversammlung, von der sie gewählt und abgewählt werden, repräsentieren.

jetzt steht die neuorganisation der werften auf der tagesordnung; denn wir wissen, daß in der nächsten zukunft keine großen schiffe in den docks von lisnave und setenave zum bau vorgesehen sind.

daher muß dieser industriesektor umgewandelt und neu geplant werden. dabei ist zu betonen, daß dies nichts zu tun hat mit einer neuorganisation des kapitalismus, das wäre völlig falsch verstanden, denn der ka-

pitalismus muß zerstört und nicht reorganisiert werden, die einrichtungen, der maschinenpark muß einfach umgewandelt werden, denn es gibt keinen zweifel, daß man auch im sozialismus schiffe braucht.

f: und was heißt das konkret?

a: das ministerium für technologie hat eine kommission für diese neuorganisation geschaffen. der wirtschaftsplan von melo antunes sah ja im projekt 39 die vereinigung der kleinen werften am tejo vor. nach dem 11. märz und unter dem druck der arbeiter wurde dieser plan samt projekt fallengelassen.

es wurde dann diese kommission geschaffen, die nur die kleinen werften umfaßt und die - außer den repräsentanten der arbeiter dieser werften - außerdem aus technikern besteht, die unser vertrauen nicht haben.

wir sind dafür, daß die planung alle unternehmen dieses sektors (kleine und große werften) umfaßt, sie sollen in einer kommission vertreten sein, in der die wichtigsten werften ihre vertreter haben (wir visieren ausserdem ein vorbereitetes treffen an, an dem die 14 repräsentativsten werften teilnehmen sollen).

es ist unumgänglich, die arbeit zu koordinieren, um auf die krise eine antwort zu geben. vor kurzem wurden 17 millionen mark investiert, und zwar von der gaslimpo, einem schiffsreinigungs-betrieb neben lisnave, wenn jetzt lisnave keine reparaturen mehr machen läßt, gibt es für dieses unternehmen keine arbeit.

ein anderes problem: in anderen ländern (z. b. japan) finanziert der staat die werften mit 25 prozent, weil er davon ausgeht, daß ihre existenz viele zulieferer-industrien entwickelt. in portugal sind diese industrien (maschinen, röhren, plastik) wenig entwickelt, und der staat hat ihnen bisher keine zuschüsse gegeben, nur steuer-nachlässe wurden ihnen gegeben, die allerdings nicht den zweck der industriellen entwicklung hatten, sondern nur die wirtschaftliche macht der unternehmen steigern sollten.

f: wie seht ihr als mitglieder einer arbeiter-kommission das konzept der verbindung "volk/mfa", das kürzlich verabschiedet wurde?

a: der arbeiterverteidigungsrat unterstützt diese maßnahmen, die auf der letzten versammlung der mfa getroffen wurden, uneingeschränkt.

wir glauben, daß diese maßnahmen von entscheidender bedeutung sind für die zukunft unserer revolution. nur mit der volksmacht (poder popular), die geschaffen wird durch die aktive beteiligung der massen, kann man mit der demontage des kapitalistischen staates beginnen, es muß die bewohner-kommissionen geben, die arbeiter-räte mit der aktiven beteiligung der volksversammlungen der regionalen und provinz-räte, später der nationalen volksversammlung, um die gegenwärtige verfassungsgebende versammlung zu ersetzen, die nicht den interessen der arbeiter dient.

die entscheidungen der versammlung der mfa sind daher höchst revolutionär, weil die aktive und massenhafte beteiligung der arbeiter notwendig ist.

die volksmacht (poder popular) hat reaktionen bei den parteien hervorgerufen, die behaupten, "sie verteidigten die interessen der arbeiterklasse", die viel vom sozialismus reden, von der volksmacht; aber wenn es scheint, daß die mfa den willen der arbeitern dieses landes erkennt und umsetzt, dann zittern diese parteien, ziehen sich aus der regierung zurück, und behaupten, daß die mfa und die arbeiterorgane nicht legitimiert sind.

die volksmacht wird den alten staatsapparat beseitigen, und wie fidel castro in cuba gesagt hat: "die volksmacht (oder popular) ist die regierung von 8 millionen kubanern".

f: man spricht in der presse viel über die wahl eines revolutionsrates in lisnave. was sagt ihr dazu?

a: wir hier halten viel von einer bestimmten form der verbindung der arbeiter mit den fortschrittlichen soldaten der mfa. man spricht viel von revolutionsräten (conselhos revolucionários) und von verteidigungsräten der revolution (conselhos de defesa da revolução).

im prinzip würde ich mit beiden übereinstimmen, ich bin für die notwendigkeit, die revolution bis zu ihrem ziel durchzuführen. ich bin auch dafür, sie zu verteidigen. aber es gibt noch viele parteien, die diesen prozess nicht verstanden haben oder ihn nicht verstehen wollen.

so glaubt man eben, daß man einige besondere organe schaffen muß, mit dem ziel der revolution, die revolutionsräte. aber man muß auch verteidigungsräte der revolution schaffen, ja, aber später, weil ich es für sinnlos halte, eine revolution zu verteidigen, die noch nicht gemacht ist, wenn man den geist der verteidigungsräte der revolution hier mit dem in cuba vergleicht, sieht man, daß sie heute in portugal noch stückwerk sind. das ist meine meinung. was die wahl eines solchen revolutionsrates in lisnave angeht: in lisnave ist die einzige massenorganisation, die existiert, der verteidigungs-rat der revolution.

das heißt nicht, daß es morgen nicht andere organe geben kann, die mit dem fortgang des prozesses übereinstimmen - aber im moment gibt es nur diesen.

einen im plenum gewählten revolutionsrat gibt es (allerdings) nicht. da kamen einmal leute vom sekretariat der revolutionsräte und sprachen mit den arbeitern (einer war carlos antunes), man glaubte, hier gebe es schon revolutionsräte. Man hatte zwar einige versammlungen gemacht, aber eine organisationsstruktur gab es in lisnave nicht. es gab hier

leute, die mit den revolutionsräten sympathisierten. mehr aber nicht.

ich glaube, daß es dem geist dieses interviews entspricht, wenn wir noch über die fälle der "república" und "rádio renascença" sprechen.

wir unterstützen alle gerechten kämpfe der arbeiter, seien sie in der "república" oder im "radio renascença". aber der sieg dieser beiden medien muß sie zu einrichtungen im dienst des revolutionären prozesses machen.

"radio renascença" diene der kirchlichen hierarchie und stand der revolution entgegen.

die "república" war eine zeitung der ps, die sich in dieser parteiischen (i.s.v. parteipolitisch) zeitung festgesetzt hatte. die ps benutzte die "república" zur propaganda. jetzt darf eure arbeit nicht mehr parteiisch sein, sondern sie muß im dienst einer anderen linie stehen.

ich glaube, daß diese organe der verbindung volk/mfa dienen müssen. sie müssen in verbindung stehen mit den organen der volkmacht und ihnen einige seiten (oder sendezeit, im "radio renascença") zur verfügung stellen, um interviews, berichte und erfahrungen zu veröffentlichen. damit alle über die entstehung der volkmacht bescheid wissen.

wie die "república" zur zeit des faschismus antifaschistisch war, so muß sie heute die zeitung der volkmacht sein. ich glaube, daß wäre eine historische mission für eure zeitung.

(aus: república, 18. juli)

LISSABON (ID) EINWOHNER-TRUPPS BEWACHEN FABRIK 22. juli

trupps von einwohnern in cacilhas (gegenüber von lissabon am südfer des tejo gelegen, neben der lisnave-werft) haben im stadtteil salvo die tore einer wachsfabrik bewacht, um ihre wiedereröffnung zu verhindern.

die fabrik war zweimal in einem jahr in brand geraten, wodurch leben und hab und gut der familien in der nachbarschaft in gefahr geraten waren. der besitzer der fabrik, der noch eine zweite in algés (am nordufer des tejo an der straße nach estoril) hat, die ebenso durch feuer zerstört wurde, wurde mehrmals auf das fehlen von sicherheitsvorkehrungen aufmerksam gemacht - was ihn aber nicht von wiederholten versuchen abbrachte, die fabrik wieder aufzumachen.

er beruft sich gemeinsam mit dem arbeitsministerium auf die schaffung von arbeitsplätzen, die immerhin in der zahl von drei bis vier erwachsenen und 10 bis 20 jugendlichen arbeitskräften zum ausdruck kam. dieser industrielle erhielt vom unterstützungsinstitut für kleine und mittlere unternehmen einen kredit von 200 000 mark, bei seiner fabrik in algés wurde seine forderung auf mindestens 8 jahre ausnutzung bewilligt...

wie vorauszusehen war, brannte die fabrik in den vergangen 10 monaten wieder.

dieses mal handelten die einwohner in einer aktion des volkes. aus zorn und weil sie eine neue investition des besitzers in der fabrik fürchteten, bildeten sie gruppen an den fabrikatoren und forderten unterstützung von polizei und militär.

in einer gemeinsamen sitzung mit allen diesen einheiten und bei anwesenheit des fabrikbesitzers wurde betont, daß die sicherheitsvorkehrungen gleich null seien (sogar innerhalb des barackenlagers für benzol, das beim letzten brand zu explodieren drohte). der besitzer sprach von einem neuaufbau der fabrik an anderer stelle und bat die arbeiter, weiterzuarbeiten, sich mit ungefährlichen arbeiten zu beschäftigen.

am ende dieser woche sahen die bewohner, daß die bauarbeiter (die inzwischen eingesetzt worden waren), wieder abgezogen wurden, und nahmen sofort kontakt auf mit dem regiments-kommando der küstenartillerie.

das kommando beschloß, sofort eine versammlung für den abend einzuberufen, und zwar mit dem besitzer, der seine pflicht verletzt hatte. der aufruf wurde von der ps (sozialistische partei) von algés gemacht. der besitzer erschien jedoch nicht. in einer öffentlichen sitzung am 9. juli beschlossen die arbeiter in algés, nicht an der inspektions-kommission teilzunehmen: in übereinstimmung mit den bewohnern in cacilhas sind sie dagegen, daß die fabrik wieder eröffnet wird. inzwischen machen sich die bewohner gedanken über die 15 arbeiter, die arbeitslos sind.

(aus: república, 16. juli)

LISSABON (ID) SOGANTAL-ARBEITERINNEN : VERSTAATLICHUNG ! 24. juli

die arbeiterinnen von "sogantal" (siehe id84) werden der regierung in kürze konkrete maßnahmen vorschlagen, wie ihre fabrik (in montijo südlich des tejo) wiedereröffnet werden kann. damit sollen die arbeitsplätze erhalten, die produktion neu organisiert und die lohnauszahlungen gesichert werden.

zur zeit wird die fabrik von den arbeiterinnen, die sie vor einem jahr besetzt hatten, in selbstverwaltung geführt. ihre forderung an

die ministerien für arbeit und wirtschaftliche koordinierung, die fabrik zu verstaatlichen, wurde bisher nicht beantwortet. einige arbeiterinnen geben einen bericht zur lage:

"wir verkaufen zunächst weiter trainingsanzüge; unsere maschinen stehen allerdings seit einem jahr still, weil kein stoffmaterial (aus frankreich, wo der besitzer der fabrik sitzt) nachgekommen ist. unsere löhne sind extrem niedrig, wir haben uns mit anderen fabriken in verbindung gesetzt und auf diese weise stoff bekommen, den wir hier zu hemden, jacken und anderer wäsche verarbeiten. außer uns gibt es noch vier fabriken, die an einem gemeinsamen projekt interesse haben."

"dafür brauchen wir die unterstützung der regierung. unser kampf hat bisher genug opfer gekostet. wir wollen die verstaatlichung jetzt, nur so werden auch die genossinnen in die fabrik zurückkommen, die sie verlassen haben. wir machen gerade inventur vom vorhandenen material, was wir noch nicht verkauft haben. selbst wenn wir genügend stoff hätten, um weiter zu produzieren, könnten wir die 800 trainingsanzüge, die wir pro tag herstellen könnten, auf dem inländischen markt nicht verkaufen. daher brauchen wir die verstaatlichung und die umwandlung der produktion dringend."

(ursprünglich war "sogantal" im besitz eines französischen kapitalisten, der in portugal als billiglöhndland trainingsanzüge herstellen ließ, und die nach frankreich importierte)

"unser kampf hat eine phase des stillstandes hinter sich. wir konnten nicht normal weiterarbeiten. viele arbeiterinnen sind zuhause geblieben, aus familiären gründen, oder haben sich eine andere arbeit gesucht. von den 48 arbeiterinnen waren nur noch sieben übriggeblieben. jetzt sind wir wieder 22 und hoffen, daß die anderen genossinnen wieder zurückkommen. aber wir brauchen auch die unterstützung der anderen arbeiter. allein können wir diesen kampf nicht gewinnen." (aus: república, 18. juli)

FRANKFURT (ID) ABONNIERT DIE "REPUBLICA" 24. juli

eine konkrete unterstützung der portugiesischen revolution ist eine abonnement der "república". sie steht jetzt unter arbeiterkontrolle und - wie der lisnave-genosse im obigen artikel sagt - "muß heute die zeitung der volkmacht sein". wir können zumindest finanziell dazu beitragen. ihre adresse: "república" - rua da misericórdia 116, lisboa 2 (die einzelnummer kostet 40 pfennig).

LISSABON (ID) RADIO RENASCENÇA : EINE KOOPERATIVE ? 21. juli

ende mai haben die arbeiter von "radio renascença", dem sender der katholischen bischöfe portugals, die station in lissabon besetzt. wie es heute, nach zwei monaten, dort aussieht, schildert ein artikel von "vida mundial":

"die wichtigste erfahrung, die man aus der entwicklung im fall "radio renascença" (siehe id83) gewinnen kann, ist, daß allein die einheit und solidarität der arbeiter in überparteilichen formen und um konkrete ziele die revolution voranbringen kann, indem sie die machtkombinationen (des staates, d. übers.) dazu bringt, einmal gefällte entscheidungen zu verändern, wenn es notwendig ist.

was niemand voraussehen konnte, als noch alles nach verlängerung der sackgasse aussah, ließ die bombe platzen: die regierung entschied, mit bestätigung des revolutionsrates, "radio renascença" (= "rr") den bischöfen zu übergeben. diese entscheidung wurde den vertretern der arbeiterkommission von "rr" während eines treffens mit dem premieminister, vasco gonalves, und dem minister für soziale kommunikation, correa jesuino, mitgeteilt.

aber wir haben eine kommunikation des permanenten rates der portugiesischen bischöfe, das bis jetzt nicht dementiert wurde, wonach der oberste revolutionsrat seine entscheidung am 27. juni bestätigt und versprochen habe, die regierung werde die durchführung der entscheidung bis zum 1. juli garantieren.

am 1. juli fand dann wirklich die besagte versammlung statt, auf der den arbeitskräften die entscheidung mitgeteilt wurde, die radiostation den alten patronen (= den bischöfen) zu übergeben. die arbeiter, die die radiostation besetzt hatten, wurden völlig überrascht, waren unruhig, und klärten einige stunden später ihre position:

"immer haben die arbeiter, die diese radiostation besetzt haben, erklärt, daß "rr", völlig überparteilich, im dienst der arbeiterklasse und des arbeitenden volkes stehe. deshalb und weil wir keine entscheidung in isolierter weise fällen wollen, die den weg der revolution des portugiesischen volkes betrifft, glauben wir, daß nur die arbeiterklasse entscheiden kann, welches unsere position sein muß."

auf die antwort der arbeiterklasse und der angestellten brauchte man nicht zu warten. verschiedene basisorganisationen (arbeiter- und einwohnerkommissionen), gewerkschaftliche organisationen, politische und christliche bewegungen nahmen eine position gegen die haltung der regierung ein und unterstützten den kampf der besitzer von "rr". vor den senderräumen und dem mittelwellensender in benfica (stadtteil von lissabon) bildeten sie wach-

trupps, während verschiedene arbeiterkommissionen die regierung wissen ließen, daß sie bereit seien, ihre arbeit einzustellen, um den sender in seinem dienst zu verteidigen.

die solidaritätsbewegung breitete sich aus. die arbeiter waren nicht bereit, vor der entscheidung der regierung zu weichen (die vom revolutionsrat bestätigt schien), die ein spiegelbild der widersprüche ist, die durch die parteigebundene zusammenstellung samt ihren interessen existieren.

es handelte sich um einen bedeutungsvollen rückschritt im revolutionären prozeß, und die arbeiter wußten das, sie wollten ihn beseitigen, in einen fortschritt umwandeln. dieses ziel wurde teilweise erreicht.

48 stunden nach der verkündung der regierungsentscheidung entschied der revolutionsrat, eine verwaltungskommission für die leitung von radio renascença einzusetzen bis zur verstaatlichung des senders und seiner portugiesischen stationen.

trotz des undeutlichen communiqués des revolutionsrates handelt es sich um einen sieg der portugiesischen arbeiter, die durch ihre einheit den druck der politischen macht überwinden konnten. inzwischen diskutieren die arbeiter, die "rr" besetzt haben, - wegen der veränderten situation - über eine informations-kooperative." (aus: vida mundial, 10. juli)

DOKUMENT

POLITISCHER AKTIONSPLAN DER MFA (2. TEIL)

die gegenwärtige wirtschaftslage in portugal wird durch drei grundsätzliche punkte gekennzeichnet:

a) eine sehr deutliche unausgeglichenheit der zahlungsbilanz. zum jahresende 1975 nimmt man ein viel höheres defizit an, als es 1974 in höhe von 17 millionen contos (= 17 milliarden mark) veranschlagt wurde.

b) eine absinkende produktion, die die nationale unabhängigheit in gefahr bringt. falls die produktionsziffern sich nicht ändern, schätzt man bis zum jahresende 1975 einen rückgang des bruttonationalproduktes im vergleich zu 1974 um sechs prozent.

c) eine hohe arbeitslosigkeit mit ungefähr 250.000 arbeitslosen, was acht prozent der bevölkerung entspricht.

man muß daher eine ganz klare vorstellung von der wirtschaftlichen und finanziellen situation des landes haben, die in fakten ausgedrückt werden kann.

die einfuhren - zum großen teil nahrungsgüter - liegen viel höher als die ausfuhren. zum jahresende 1975 werden sie diese möglicherweise mit ungefähr 50 millionen contos (= 5 milliarden mark) überschreiten. diese summe ist zum großen teil auf die überhöhten preise der nahrungsmittel und des öls in den ursprungsländern zurückzuführen.

dieses defizit wird abgeschwächt durch ausländische devisen, die nach portugal fließen aufgrund der geldsendungen der (portugiesischen) emigranten und der einnahmen aus dem tourismus (wie bekannt ist, macht dieser zur zeit eine krise durch).

zum jahresende 1975 wird damit gerechnet, daß das land ein defizit in der zahlungsbilanz in höhe von 30 millionen contos (= 3 milliarden mark) aufweist, das durch devisenreserven der bank von portugal gedeckt werden muß, und diese sind praktisch aufgebraucht (nicht dagegen die goldre-

serven). die geschilderte finanzsituation schlägt sich in einem wirtschaftsrahmen nieder, bei dem der produzierte reichtum im land - falls die gegenwärtige tendenz sich nicht ändert - im laufenden jahr auf ungefähr sechs prozent im vergleich des vorjahres absinken wird, selbst unter berücksichtigung der erhöhung auf dem landwirtschaftlichen sektor.

die geschilderte situation ist sehr schwierig, aber nicht erschreckend; sie entspricht einer sozialpolitischen phase, in der die irrtümer des monopol- und latifundienkapitalismus beseitigt werden, der unser land kennzeichnet; und sie entspricht der krise des internationalen kapitalismus. damit sie aber nicht unabänderlich wird, muß das portugiesische volk in entscheidender weise den aufbau des neuen sozialistischen wirtschaftssystems übernehmen, und die arbeiterklassen müssen gewissenhaft entscheiden zwischen dem sozialismus mit den bedingten und zeitweiligen opfern, die sein aufbau erfordert, und dem kapitalismus mit all seiner ausbeutung und unterdrückung, die ihm eigentümlich ist.

in der tat, wenn die zerstörung des kapitalismus die liquidierung der ausbeutungsmacht der mächtigen monopol-, latifundien- und finanzbourgeoisie erfordert, so verlangt der aufbau des sozialismus arbeit, opfer, politische gewissenhaftigkeit der arbeiterklassen, wobei man auf die künftige gesellschaft ohne klassen und ohne ausbeutung abzielt. das kann jedoch kurzfristig nicht bedeuten, daß alle ungerechtigkeiten, die im vorhergehenden regime geschaffen wurden, gelöst werden, und daß man plötzlich jedem portugiesischen arbeiter einen lohn zahlen kann, der seinen gerechten erwartungen und realen notwendigkeiten entspricht.

unter diesen bedingungen macht die politik der wahrheit, die die mfa dem portugiesischen volk immer demonstriert hat, einige realistische

maßnahmen notwendig, wenn das werktätige volk tatsächlich den sozialismus aufbauen will.

a) sperrung der untragbaren loohnerhöhungen, wobei die erhöhung der lebenshaltungskosten und die beseitigung von einigen zumeist ungerechten situationen zu berücksichtigen sind.

b) senkung der einfuhren, die insbesondere auf meist überflüssige artikel entfallen, oder auch solche produkte, die in unserem land hergestellt werden können.

c) eine politik der konsumbeschränkung

d) erhöhung der eigenen produktion, insbesondere der waren wie z.b. nahrungsgüter - die die einfuhrgüter oder den wert unserer exporte erhöhen können.

angesichts der geschilderten wirtschaftslage, die man als sehr schwierig betrachten muß, sind folgende maßnahmen dringend zu treffen:

a) richtige sofortmaßnahmen;

b) strategie der wirtschaftsentwicklung, definiert im hinhinblick auf die drei kritischen punkte: zahlungsbilanz, arbeitslosigkeit und wirtschaftliche unabhängigheit;

c) gestaltung des sozialwissenschaftlichen systems, was auch bedeutet: organisierte kontrolle der produktion durch die arbeiter - lokale mobilisierung für die entwicklung - organisation des planungssystems - qualitative untersysteme der übergangswirtschaft (sektor des staates - privater sektor);

d) politik der wirtschaftlichen zusammenarbeit mit dem ausland.

die zwei grundprobleme: strategie der wirtschaftsentwicklung und gestaltung des wirtschaftssystems werden mit aller dringlichkeit vom wirtschaftsteam der provisorischen regierung und von den vier ministern ohne geschäftsbereich, den vertretern der koalitionsparteien in verbindung mit dem revolutionsrat diskutiert. die entsprechenden entscheidungen sind bis ende juli 1975 zu treffen und ermöglichen die ausarbeitung eines übergangsplanes für die jahre 1976 bis 1978. die diskussion dieser themen und der richtigen sofortmaßnahmen wird einen bedeutsamen test für die politischen möglichkeiten der gegenwärtigen koalition darstellen, sowie für ihre fähigkeit des einheitlichen marsches zu den realen zielen des sozialismus.

die regierung und die verwaltung

die provisorische regierung

die provisorische regierung soll unter den gegenwärtigen bedingungen als eine einheitsregierung amtieren, die schnell und wirksam auf die oben definierten nationalen und patriotischen ziele beim aufbau des sozialismus antwortet. die mfa ist der auffassung, daß die ernste wirtschaftliche und finanzielle lage des landes von der jetzigen koalitionsregierung die überwindung der natürlichen meinungsverschiedenheiten und das erreichen einer gemeinsamen lösung für das problem der wirtschaftlichen entwicklung verlangt. die mfa ist der auffassung, daß das portugiesische volk, in seiner überwältigenden mehrheit vertreten durch die politischen parteien, welche die jetzige koalition bilden, das recht hat, von jenen parteien die erfüllung ihrer historischen pflicht zu verlangen; anderenfalls ist die jetzige koalition im hinhinblick auf die objektiven bedürfnisse des landes als ungeeignet anzusehen. die mfa ist also der auffassung, daß die diskussion der strategie der wirtschaftlichen entwicklung und des wirtschaftlichen modells, die sofort von der provisorischen regierung eingeleitet und ende juli beendet werden soll, einen äußerst wichtigen test darstellt, das portugiesische volk hat das recht, diesen test gelöst zu sehen.

untätigkeit des staatsapparates

der jetzige staatsapparat ist äußerst träge und bürokratisch. er ist eindeutig ungeeignet für die dynamische entwicklung des gegenwärtigen revolutionären prozesses; nur langsam und mit mühe erledigt er die ihm gestellten forderungen. um dieses problem zu lösen, hält die mfa folgendes für wesentlich:

a) dezentralisierung der verwaltung

b) die schrittweise erreichung eines neuen, unparteiischen und nach einem dynamischen muster organisierten staatsapparates, der konkrete, grundsätzliche ziele hat und mit personen besetzt ist, die den forderungen der revolutionären dynamik genügen. parallel dazu werden die arbeiten für eine tiefgreifende wirtschaftsreform eingeleitet.

c) eine korrekte politik der reklassifizierung und wiedergewinnung der staatsbediensteten, wobei die "säuberung" (entnazifizierung) nur in den einwandfrei aussichtslosen fällen angewandt werden soll.

d) die kraft des dialogs zwischen den verschiedenen stufen der organe der staatsgewalt und den einheitlichen volksorganisationen auf gleicher stufe, denen allmählich die kontrolle über die tätigkeit jener organe des staatsapparates übergeben werden soll.

e) beseitigung der übertriebenen komplizierten und bürokratischen verfahren innerhalb des staatsapparates und deren ersatz durch zügige und revolutionäre verfahren, die geeignet sind, den drängenden forderungen nachzukommen, wobei die ausführenden personen die volle verantwortung dafür übernehmen.

dezentralisierung des verwaltungsapparates

obwohl es sich hierbei um ein thema handelt, das in den rahmen der zukünftigen politischen verfassung fällt, verlangt die dynamik der

bevölkerung bei der schaffung von eigenen organisationsformen zur wahrung von gemeinsamen interessen seitens des "mai" (ministerium für innere verwaltung) maßnahmen, die die mfa für richtig hält; diese maßnahmen dienen zur regionalen dezentralisierung von verschiedenen staatlichen dienststellen und ermöglichen somit auf regionaler ebene die planung auszuüben, die den örtlichen gegebenheiten und der durchführung am besten angepaßt ist; diese maßnahmen werden durchgeführt unter allmählicher beteiligung der lokalen volksorganisationen, wobei dennoch die notwendige verbindung und koordinierung mit den zentralen staatsorganen erhalten bleibt.

das angewandte, wesentlich pragmatische kriterium besteht darin, auf der ebene eines bestimmten bezirks einen planungsstab und eine regionale beschäftigungskommission einzurichten, die zusammengesetzt ist aus vertretern der verschiedenen, davon betroffenen ministerien und einem vertreter der mfa. die versammlungen von vertretern der verschiedenen verwaltungskommissionen der lokalen selbstverwaltung arbeiten ihrerseits in enger verbindung mit den zahlreichen einwohnerkommissionen, gewerkschaften und anderen einheitsorganisationen. diese initiative, die inzwischen mit ersten erfolgen in der algarve eingeführt wurde, wird demnächst in den gebieten eingeleitet werden, die zu den wehrbereichen nord, zentrum und süd gehören, so daß eine bessere einbeziehung und eine bessere unterstützung der lokalen volksorganisationen durch die mfa erreicht wird; sie wird flexibel genug sein, um eine spätere anpassung an die entscheidungen der verfassungsgebenden versammlung zu ermöglichen, die diese probleme zum inhalt haben.

verbindung zwischen der mfa und den einheitlichen basisorganisationen des volkes

die mfa ist der auffassung, daß in der gegenwärtigen phase der revolution die stärke und die dynamisierung der einheitlichen basisstrukturen des volkes entscheidender faktor für die volkseinheit und für die überwindung der gegensätze auf der ebene der obersten politischen strukturen außerordentlich wichtig und möglicherweise ausschlaggebend ist. diese neue richtlinie der revolution versucht nicht, die legitimation der vorhandenen politischen parteien infrage zu stellen; sie versucht vielmehr, durch eine auf realität gestützte dynamik ihren fundamenten von unten nach oben, einen zusätzlichen impuls zur einheit und zur kohärenz zu geben. die spätere vereinigung der einheitlichen volksorgane kann dann keime für lokale organe der versammlungen bilden, die die interessen der bevölkerung vertreten; sie dynamisieren allmählich und im dialog die lokalen organe der öffentlichen verwaltung und identifizieren diese mit den wahren lokalen zielen der volksinteressen. die umrisse dieses politischen orientierungsweges werden zur zeit von einer arbeitsgruppe der mfa entworfen, die zu diesem zweck einberufen worden ist; die anhand von realen daten formulierten ergebnisse werden in kürze veröffentlicht.

dynamisierung und information

es ist anerkannt, daß der beabsichtigte aufbau einer sozialistischen gesellschaft auf dem vorgesehenen pluralistischen weg sich nicht verwirklichen lassen wird ohne eine mobilisierung und bewußtmachung des ganzen portugiesischen volkes, die es ihm ermöglichen sollen, sich positiv für den übergangsweg zum sozialismus zu entscheiden. man wird sich klar sein müssen, daß die einföhrung eines wahren sozialismus eine veränderung des bewußtseins einschließen muß. das bedeutet: der überwiegende teil der materiellen motivation, die charakteristisch für kapitalistische gesellschaften ist, verwandelt sich in geistige motivation, die es dem einzelnen ermöglicht, von seiner egoistischen und individualistischen haltung gegenüber seinen mitmenschen zu einer altruistischen und kollektivistischen haltung überzugehen, die sich auf das gemeinwohl ausrichtet. diese mobilisierung und bewußtseinsbildung wird nur durch eine politik der adäquaten information ermöglicht, die beschleunigt durch eine tiefgreifende strukturveränderung der organe und dienststellen der "sozialen kommunikation" (ministerium) einzuleiten ist. dies bedeutet nicht, daß die informationen einen monolithischen charakter von gezielter propaganda annehmen sollen; denn dies stimmt nicht mit dem pluralistischen grundsatz überein, der von der portugiesischen revolution verfolgt wird.

aber es ist notwendig, daß diese information zur gleichen zeit pädagogisch ist, daß sie das volk aufklärt und belehrt, nicht aber aufpeitscht und verwirrt, wie das in der vergangenheit zeitweise der fall gewesen ist. die mfa ist der aufrichtigen ansicht, daß freiheit und eine position für den sozialismus nicht unvereinbar sind und daß die ausübung des einen nicht die existenz des anderen einschränken darf.

eine der notwendigen maßnahmen zur verwirklichung der erwähnten ziele besteht in der umwandlung einer oder mehrerer tageszeitungen, die gegenwärtig bereits dem staat gehören, in offiziöse organe, deren bericht-erstellung und doktrin selbstverständlich die position der mfa widerspiegeln sollte. es ist zu hoffen, daß mit dieser maßnahme das portugiesische volk über zuverlässige organe der tagespresse verfügt, die ohne irgendwelche abhängigkeiten und ohne parteiische politik ist und die eine generelle politik der wahrheit und klarheit für die öffentlichkeit verfolgt, wobei die praktizierung dieser grundsätze diesen zeitungen eine hohe wertschätzung verschaffen wird.

mit gleicher zielsetzung wird eine kontrolle der staatsrundfunk- und fernsehanstalten notwendig werden, um so der bevölkerung in systematischer form die position und doktrin der mfa gegenüber der politischen praxis und der ereignisse des nationalen lebens zu verdeutlichen bzw. zur kenntnis zu bringen. die mobilisierung der öffentlichen meinung für ziele nationalen

interesses wird durch eine rationale nutzung der werbung geschehen müssen, die durch organe der information auch das verbreiten wird, was naturgemäß die ausnutzung der verstaatlichten werbeagenturen einschließen wird.

gerade weil in portugal das recht auf freie information garantiert ist, muß man erkennen, daß es in vielen fällen mißbraucht wird. es gab der presse, dem rundfunk und dem fernsehen die möglichkeit, bewußt falsche

nachrichten zum zwecke der verwirrung und beunruhigung zu verbreiten. das gleiche geschah auch bei verschiedenen auslandskorrespondenten, die die ihnen gewährte gastfreundschaft mißbrauchten und falsche und entstellte nachrichten verfaßten, die mit absicht dem bild portugals in der welt schaden. da das pressegesetz eine entschiedene und schnelle maßnahme gegen diese individuen nicht erlaubt und diese personen diese möglichkeit mißbrauchten, um bis jetzt unbestraft taten zu begehen, die man mit vollem recht als konterrevolutionär bezeichnen kann, ist die mfa entschlossen, gegen sie direkt und wirksam vorzugehen, indem sie, sofern es notwendig wird, eine angemessene revolutionäre gesetzgebung erlassen wird.

die großen portugiesischen volksgruppen, die in der ganzen welt verstreut sind, und deren nationales bewußtsein immer bestehen wird, sind opfer systematischer kampagnen der diffamierung über die ereignisse in ihrem vaterland geworden. diese kampagnen waren darauf ausgerichtet, sie dem gefühl der nationalen befreiung zu entfremden und sie teilweise als waffen der reaktion gegenüber den in portugal verbliebenen freunden und verwandten zu benutzen.

die mfa hofft, daß die ganze portugiesische nation, ein-

schließlich derjenigen, die wegen der beschränkung der freiheit und der lebensbedingungen in ihrem lande zur emigration gezwungen waren, stolz auf ihre nationalität sind. dafür ist es erforderlich, daß sie wahrheitsgemäß über den revolutionären prozeß unterrichtet werden. zu diesem zweck werden die ministerien für auswärtige beziehungen und soziale kommunikation die geeigneten maßnahmen ergreifen.

die mobilisierung des portugiesischen volkes für einen sozialistischen weg erfordert, abgesehen von einer neuen politik der information, einen beständig dynamisierenden prozeß, der durch ihre informationspraxis die von den zentralorganen herausgegebenen empfehlungen und programme sichtbar und wirksam macht. dazu ist eine intensive und wirksame aktion der kulturellen und militärischen dynamisierung gemeinsam mit den einheitlichen basisorganisationen des volkes notwendig, die besser als irgendjemand die berechtigten wünsche und bedürfnisse der bevölkerung erkennen können. für diese aktion muß man die geeigneten menschlichen und materiellen mittel bereitstellen, wobei nicht vergessen werden darf, daß die resolution des 25. april für das volk gemacht wurde. es wird dieses volk sein, aus dem die revolution ihre kraft, ihre kontinuierität und ihre existenzberechtigung gewinnt.

FRANKFURT (ID)
24.juli

AUFRUF ZU PRAKTISCHER SOLIDARITÄT
MIT PORTUGAL

die frankfurter portugalgruppe hat uns folgenden aufruf zukommen lassen:

"auf dem hintergrund der katastrophalen wirtschaftlichen situation in portugal verhärteten sich die fronten zwischen einer breiten bewegung unter der führung der progressiven teile der mfa für eine direkte sozialistische demokratie und zwischen befürwortern eines bürgerlichen parlamentarismus westeuropäischen zuschnitts unter soares (ps). angesichts der internationalen kumpanei des kapitals, angeführt von der brd und der manipulation der bundesrepublikanischen massenmedien, wollen wir nicht warten, bis sich in portugal chilenische verhältnisse etablieren, um nachträglich die dankbare aufgabe zu haben, eine breite antifaschistische front aufzubauen zu dürfen, sondern den revolutionären prozeß jetzt schon unterstützen.

eine der hauptaufgaben dabei ist, gegeninformationen zu liefern, zu zeigen, daß portugal kein "kz" (so soares) ist, sondern ein land, in dem sich der weg in eine neue gesellschaft zeigt. wir sind bereit, an eventuell von euch organisierten öffentlichen diskussionen teilzunehmen. außerdem wollen wir einen spielfilm (16 mm) kaufen und zur verfügung stellen, der die entwicklung in portugal bis mai 1975 differenziert darstellt. da die macher des films in den roten zahlen stecken und wir selbst auch, müßte bei der vorführung etwas herauspringen (eintritt, sammlung). ab anfang oktober ist der film da. außerdem unterstützen wir ein konkretes projekt: es handelt sich um eine selbstverwaltete volksklinik für kinder im medizinisch unterversorgten industriegebiet im süden lissabons, dazu haben berliner genossen ein plakat herausgebracht, das zum mindestpreis von zwei mark verkauft werden soll - als spende. es kann über uns bezogen werden.

ansonsten ist ein spendenkonto bei der bfg frankfurt eingerichtet: kontonummer 155 3301 300 (achtung: verschiedentlich ist diese nummer falsch angegeben. die letzten drei ziffern lauten 300, nicht 200). informationen geben wir hauptsächlich über den informationsdienst zur verbreitung unterbliebener nachrichten weiter. wenn ihr noch andere interessiert kennt, sprecht sie an. wir sind zu erreichen unter 0611/591776 dienstags zwischen 11 und 13 uhr, donnerstags zwischen 17 und 19 uhr. schriftlich: portugal gruppe, bei andrea skubovius, 6 ffm, nibelungenallee 17.

AUSLAND

MADRID (ID)
22. juli

DER STREIK DER ÄRZTE UND IHRE FORDERUNGEN

junge ärzte in spanien, die den zweiten teil ihrer ausbildung - nach dem universitätsstudium - im krankenhaus machen, sind im streik. die "internisten und niedergelassenen ärzte" ("medicos internos y residentes - m.i.r.") haben den status, den ihre berufsbezeichnung nennt, noch nicht erreicht. sie sind den medizinisch-assistenten in der brd vergleichbar, die im krankenhaus ihre facharztausbildung machen.

zur zeit sind 47 gesundheitszentren im ganzen land im streik. ihre bedingungen und forderungen sind gewerkschaftlich und politisch: rücknahme der entlassungen und ein arbeitsvertrag.

wir veröffentlichen ein interview mit vertretern der m.i.r., das "mundo obrero", das zentralorgan der spanischen kp, am 10. juli brachte:

f.: wodurch entstand der aktuelle konflikt der "internisten und niedergelassenen ärzte", und welches sind ihre forderungen?

a.: dieser konflikt ist in wirklichkeit die verlängerung eines arbeitskampfes vom oktober, november und dezember 1974. gende basisforderungen wurden aufgestellt:

1. anerkennung der nationalen kommission der m.i.r. als einzig gültiger verhandlungspartner und ohne zwischeninstanzen durch das (staatliche, d.übers.) nationale institut für medizinische versorgung, sowie durch die anderen staatlichen verhandlungspartner.

2. forderung nach einem richtigen arbeitsvertrag für alle m.i.r. ohne repressive spezialklauseln, die es auch nicht im gesetz über arbeitsverhältnisse gibt.

3. gehaltserhöhungen von 20.000 auf 26.000 peseten (von ca. 1000 auf 1300 mark) für die verschiedenen stufen, außerdem zahlung der nachwachen zu 2.000 peseten (ca. 100 mark) für alle.

4. zurückweisung aller beruflichen und wirtschaftlichen sanktionen wegen der teilnahme an streik.

5. recht auf einen kindergarten und essen im gesundheitszentrum bzw. finanzieller ausgleich für diese kosten.

zu diesen forderungen gehören außerdem die 100prozentige versicherung im fall eines unfalls zu lasten der krankenhäuser, paritätische besetzung der kommissionen, demokratische mitbestimmung bei der ausarbeitung der arbeitspläne für alle einrichtungen.

f.: hat der arbeitskonflikt einen politischen charakter?

a.: die politischen elemente dieser forderungen sind offensichtlich. die nationale kommission der m.i.r. wird durch vertreter gebildet, die in den zentrumsversammlungen ganz demokratisch gewählt werden.

f.: wie entstand die nationale kommission der m.i.r.? wie setzt sie sich zusammen?

a.: in dieser kommission sind etwa 40 % aller gesundheitszentren in spanien vertreten. sie wurde im laufe des arbeitskonfliktes durch die vertreter gebildet, die in den versammlungen gewählt und abgewählt wurden.

f.: wie sieht diese repräsentativität aus?

a.: das ziel der bildung der nationalen kommission war, handlungen einzuleiten. die vertreter haben ein imperatives mandat, denn sie müssen in der nationalen kommission zu jeder zeit so argumentieren. wie die zentrumsversammlung, die sie gewählt hat. der führungscharakter der nationalen kommission ist noch schwach. die meinungen über den konflikt, über unterstützung oder ablehnung von forderungen: diese diskussion wird eher an der basis in den versammlungen geführt. trotz irrtümern und fehlem - die allerdings selten sind - existiert eine direkte demokratie, die kontrolliert wird, als organisationsform dieser bewegung im bereich der sozialberufe.

f.: werden die grenzen der besonderen interessen der m.i.r. irgendwie überschritten?

a.: prinzipiell sind die zentrumsversammlungen ausschließlich den internisten und niedergelassenen ärzten vorbehalten. in einigen zentren gibt es inzwischen unterstützungsaktionen von anderen gruppen. das heißt: schon seit beginn der bewegung hat man in den versammlungen die notwendigkeit der ausweitung und suche nach solidarität mit anderen medizinischen einrichtungen, mit anderen interessenvertretungen wie vereinigungen von nachbarn (auf stadtviertelebene, d.übers.), von hausfrauen, mit der bewegung der freiberuflichen und auch mit der arbeiterbewegung gesehen.

als hinweis auf die notwendigkeit, ansicht der öffentlichkeit zu treten, kontakte mit vielen leuten zu knüpfen, kann man die harte pressekampagne nehmen, die das nationale institut für medizinische versorgung und die ärztebewegung gegen die m.i.r. entfesselt haben.

im oktober war der kampf der m.i.r. gegen die forderung gerichtet, einen nachweis über gute führung zu bringen, und ihre aufhebung war ein großer schritt vorwärts auch für andere berufsbereiche. später basierte die bewegung auf beruflichen forderungen, aber dies waren immer auch berufsgruppen an der verwaltung der zentren. so hat man schließlich formen der vertretung

erreicht, die horizontal sind, nicht korporativistisch (was ein konstituierendes element des spanischen faschismus ist, d.übers.). mit diesem inhalt verlief auch der kampf gegen den generalrat der ärzte-kollegien und gegen ihren präsidenten, lafuerente chaos.

die bewegung der m.i.r. steht in objektiver übereinstimmung mit den anderen massenbewegungen, die für freiheiten kämpfen. in der stunde der konfrontation haben die m.i.r. gesehen, daß ihr großer patron und gegen die verwaltungsbürokratie des staates und seine institutionen sind. die bewegung läuft daher auf ein selbstverständnis heraus, das um eine gesundheitsreform in antimonopolistischem sinne kämpft. es gab und gibt während des gesamten arbeitskampfes diskussionen über die notwendigkeit der reform des gesundheitswesens, die über die grenzen der ständischen forderungen hinausgehen.

f.: welche bedeutung haben sie gegenüber der gesamtheit der ärzte in spanien?

a.: es gibt zwischen 3.500 und 4.000 internisten und niedergelassene ärzte, die weniger als 10 % der gesamtzahl aller praktizierenden ärzte ausmachen. zwischen 1969 und 1974 ist unserer schätzung nach ihr anteil auf zwei fünftel aller ausgebildeten ärzte (pro jahr) angestiegen. die m.i.r. sind ohne zweifel die zukunft der spanischen medizin.

sie sind unersetzbar, ihre massive entlassung und ihre ersetzung durch billige arbeitskräfte würde eine extreme verschärfung in der krankenversorgung zur folge haben. auf mittlere sicht würde man so die ausbildung zukünftiger spezialisten verhindern.

f.: was war die stellung des nationalen (staatlichen, d.übers.) instituts für medizinische versorgung im gegenwärtigen arbeitskonflikt?

a.: das institut ist unmittelbar verantwortlich für diesen konflikt, weil es keine der grundsätzlichen vereinbarungen vom dezember 1974 erfüllt hat: kurzfristig über den rest der schwebenden punkten zu verhandeln, um die normale versorgung sicherzustellen.

seit dem 11. juni, dem beginn des streiks, hat das institut nicht verhandelt (inzwischen begannen verhandlungen, d.übers.), die nationale kommission der m.i.r. wurde als verhandlungspartner abgelehnt.

man hat inzwischen fast 2.000 ärzte entlassen, und es besteht die formale drohung für alle, die sich mit den m.i.r. solidarisieren - deren zahl zunimmt.

BELFAST (ID)
18. juli

BERICHT AUS EINER BESETZTEN STADT

mein erster tag in belfast war ein samstag. die geschäfte in der innenstadt machen um fünf uhr dicht, die menschen verlassen allmählich das geschäftszentrum und die innenstadt wird beherrscht vom militär.

die situation und der charakter der stadt entsprechen dem, was man sich aus filmen, aus dem fernsehen und auch erzählungen älterer leute unter einer besetzten stadt vorstellen kann.

praktisch sieht das etwa so aus:

wenn man bei uns ins woolworth geht, ist man daran gewöhnt, von fernsehkameras beobachtet zu werden. wenn man hier in belfast ins woolworth oder zu c & a will - oder in irgendein anderes geschäft - muß man erstmal an einem oder gewöhnlich zwei soldaten vorbei, die lässig an die wand gelehnt stehen, ihre gewehre, den finger in der nähe des abzugs, in der hand halten und die kunden beobachten, sich von zeit zu zeit wie spastiker plötzlich umdrehen, um zu sehen, ob sich nicht von hinten einer an sie ranpirscht, dann wieder gelangweilt, aber aufmerksam die kunden angucken.

wenn einem das neu ist, kommt einem das merkwürdig vor, die bevölkerung hat sich anscheinend daran gewöhnt, sie ignoriert die soldaten.

die nächste kontrolle kann aber nicht ignoriert werden: jetzt kommt der security check des jeweiligen geschäfts: tasche aufmachen, plastiktüten auspacken, abtasten von oben bis unten und in vielen geschäften wird man auch noch mit einer summenden sonde abgefahren, die auch nach irgendwas sucht.

ist man durch diese kontrolle, erwarten einen im geschäft die bekannten fernsehkameras.

soweit der vorgang in den einzelnen geschäften.

in der innenstadt selbst, im einkaufsviertel, das vielleicht etwas größer ist als das dortmunder, etwas kleiner als das frankfurter, sind einige gebiete durch gitter und mauern ganz abgesperrt, so daß man auch hier nur nach der kontrolle durch armee oder polizei reinkommt.

die kontrolle bei den abgesperrten vierteln verläuft genauso wie bei den geschäften: alles, womit man bomben transportieren kann, wird durchsucht. natürlich auch bei kindern, kinderwagen, großmüttern usw.. dabei hat man in der regel, wenn man nicht gefragt wird, einen gelangweilten ausdruck an den tag zu legen, als ginge einen das nichts an, weil alles andere als provokation oder schuldbewußtsein ausgelegt werden könnte.

teilweise, an größeren transits in die gesperrten zonen, gehen die durchsuchungen fließbandartig: beim ersten die tasche, beim zweiten der mantel, beim dritten der körper. natürlich streng nach männern und frauen getrennt. mit den guten sitten nimmt man es ernst.

da manchmal stärkerer andrang ist, muß man in schlangen anstehen und auf seine durchsuchung warten.

im laufe eines vormittags, wenn man verschiedene dinge einkaufen will, kann man mit gut zehn bis zwanzig durchsuchungen rechnen. man kann dann natürlich, wenn man sich auskennt, die gesperrten zonen meiden und wege finden, wie man auch so durch die stadt kommt, aber das ist nicht überall möglich.

das verhalten der besatzungstruppen ist vorsichtig, nach außen hin weitgehend korrekt, in wirklichkeit ziemlich ängstlich und erbärmlich wie das aller besatzungstruppen.

den ganzen tag über und auch besonders in der nacht, fahren jeeps und kleinpanzer durch die stadt. in den jeeps sitzen vier leute, alle vier, einschließlich dem fahrer haben ein gewehr in der hand, zwei gucken nach hinten. in vielen wagen sind auch noch fest installierte größere waffen, z.b. maschinengewehre. es vergeht kaum eine minute, ohne daß die nächste streife kommt.

daß die gewehre geladen sind, daß sie auch entschert sind, daß der finger am abzugsstift, beweisen die besatzer von zeit zu zeit: als vor kurzem zwei jugendliche mit ihrem wagen bei einer polizeikontrolle nicht anhielten, wurde einer sofort erschossen, der andere lebensgefährlich verletzt.

die angst der besatzer wird an einem anderen beispiel deutlich: am frühen abend gehen zwei besoffene jugendliche (arbeitslosenquote teilweise weit über 40 %), vielleicht 14 jahre alt, durch die stadt und gröhlen freiliedlieder. die leute sind nicht sauer, im gegenteil, man merkt, daß viele den jugendlichen zustimmen, sie grinsen darüber, daß die besatzer nicht dagegen einschreiten. als die beiden jugendlichen an zwei soldaten vorbeikommen, singen sie lauter, einer ballt seine faust, sie gröhlen die soldaten mit antibritischen liedern an. die beiden soldaten drehen sich draufhin um und gehen weg. sie haben zu schlechte erfahrungen gemacht, wenn sie versuchten, solche jugendliche festzunehmen: gewöhnlich werden soldaten dann mit steinen und allem möglichen erreichbaren beschmissen.

bei dem oben erwähnten beispiel, in dem ein jugendlicher erschossen wurde, waren innerhalb von kürzester zeit 150 leute zusammen, die durch ein sturmfeuer mit wurfgeschossen verhindern konnten, daß der wagen durchsucht wurde. erst als die besatzungstruppen hartgummigeschosse gegen die leute einsetzte, konnten die menschen auseinandergetrieben werden.

in den katholischen vierteln geht es zu, wie man das aus einem western kennt: die zufahrtsstraßen zu den katholischen teilen der stadt werden abends zugemacht: betonpfeiler lassen am tag sowieso nur eine schmale durchfahrt, abends kommen panzersperren, schranken und an manchen stellen ein panzer davor, dann ist dicht. man kann aber noch auf verschiedenen seitenstraßen in die viertel.

an strategisch wichtigen stellen sind, besonders in den katholischen teilen, aber auch anderswo, betonrampen auf den straßen, die man nur ganz langsam überqueren kann, wenn man die achsen des autos nicht brechen will. je nach bedeutung des zu schützenden gebäudes sind zwei bis sechs rampen in höhe dieser kaseme, dieser fabrik, dieses forts (es sind ja richtige forts, mit wachtürmen, hohen palisaden aus wellblech, ca. fünf bis zehn meter hoch, posten davor, festinstallierten maschinengewehren und offensichtlich kugelsicherem scheinwerfern).

das erste mal war ich an einem mittag in einem katholischen viertel. da steht haus an haus, die türen und fenster sind bunt angemalt, das macht die eintönige häuserreihe zwar nicht attraktiv, aber es zeigt, daß die leute hier geme wohnen, daß sie versuchen, es sich in ihrer gegend angenehm zu machen, zeigt das bedürfnis nach kultur.

es war wahnsinnig heiß. die straßen waren fast leer, einige kleine kinder spielten vor einem haus, ein windstoß wehte staub durch die straße. als ich um eine ecke bog, standen vor mir sechs soldaten, die gewehre in der hand. die patrouillen bestehen jetzt meist aus sechs soldaten.

auf jeder straßenseite, den rücken an der häuserwand, die ersten beiden jeweils mit blick nach vorne, die beiden letzten nach hinten, tasten sie sich schritt für schritt vorwärts, beobachten jedes fenster, jede bewegung, drehen sich plötzlich um, bücken sich und gehen ein, zwei schritt weiter. es kann auch passieren, daß einer plötzlich anfängt, bis zur nächsten ecke zu rennen, die anderen hinterher, und sich dann im nächsten straßenzug dasselbe wiederholt. so werden die katholischen viertel unter ständiger kontrolle gehalten.

als ich in diese szenerie hineingeriet, wäre ich am liebsten umgekehrt, wodurch ich mich aber sicher verdächtig gemacht hätte. also habe ich mein ganzes touristisches interesse gesammelt, aufmerksam die bunten häuser studiert, die antennen auf den dächern und gehofft, ungeschoren davonzukommen. da hielt mich der vorderste, offensichtlich uffz. oder so was, an, fragte mich, was ich hier wolle, nach dem paß und riet mir nach der durchsuchung, doch lieber woanders spazieren zu gehen, weil das hier nicht der geeignete ort sei.

DÔLE (ID)
14. juli

PROLETARISCHER AUTOSTOP:
FLUGBLATT FÜR DEUTSCHE TOURISTEN

als gutes beispiel für die entwicklung politischer phantasie im arbeitskampf drucken wir hier ein deutschsprachiges flugblatt im wort-

laut ab, das deutschen touristen mit der bitte um eine spende überreicht wird, wenn sie auf ihrer fahrt in den urlaub die französische kleinstadt dôle passieren:

"wird die fahrradunternehmung "jeunet" 250 arbeiter ohne arbeit lassen?

das ist die frage, die jeder arbeiter und die gewerkschaft sich stellt. sie wollen ihren beruf retten; darum bleiben sie trotz allen in der fabrik.

I - eine wichtige stellung für die angestellten die unternehmung "jeunet" hat die produktion wegen finanzursache seit dem 4. juli unterbrochen. die 250 arbeiter sind entlassen.

während den ferien probiert der meister das personal zu entmutigen. aber der arbeiter wird weiter kämpfen. er bleibt nicht in einem gegend, wo die arbeitslosigkeit immer größer ist.

unbestimmte versprechen werden gesagt aber wir sehen keine erfolg. die zukunft ist nicht gesichert. was machen ohne geld!...

II - die arbeiter mit ihren gewerkschaft verteidigen ihre stelle

wir wollen eine lösung für jeder von uns. die 250 arbeiter wollen sicherheit für ihre familie unser lohn soll gesichert sein.

wir sind beschlossen unsere handlung fortzusetzen (sie dauert schon seit 15 tagen). wir werden eine lösung finden, auch ohne den meister. wir wollen keine arbeitslosen...

die arbeiter "jeunet" wollen leben!

wir benötigen ihre stütze zum weiter kämpfen.

danke für ihre gabe.

HONDURAS (ID)
12. juli

ZWEI AUSLÄNDISCHE PRIESTER ERMORDET

wie in ganz süd- und zentralamerika verschlechtert sich auch in honduras die lage der armen volksmassen, speziell die der um das bloße überleben kämpfenden kleinstbauern. angesichts der unerträglichen situation und der offensichtlichen unwilligkeit der regierung, sie zu verbessern, entschloß sich die nationale bauernorganisation (unc), zu einem "hungermarsch" auf die hauptstadt tegucigalpa, um auf dieses problem öffentlich hinzuweisen. am 25. und 26. juni löste ein großes polizei- und militäraufgebot den marsch auf. das hauptzentrum der unterdrückung war im department von olancha, im südlichen teil von honduras, das größer als der angrenzende staat san salvador ist.

die honduranische regierung hat unter dem wachsenden druck der bauernorganisation im dezember 1974 ein gesetz verabschiedet, das eine sehr bescheidene landreform vorsieht. zur großen sorge der rechten militärregierung des oberst juan alberto melgar fordern die bauern- und andere volksorganisationen tatsächlich auch deren durchführung (und natürlich auch darüber hinausgehende veränderungen). dabei würde die regierung hart mit dem verband der großgrundbesitzer in konflikt kommen, der bereits jetzt schon über die "kommunistischen tendenzen" in einigen bereichen der regierung schimpft.

im gebiet von olancha haben die großgrundbesitzer sich eine privatarmee zugelegt, die nach art der brasilianischen todesschwadron unter dem namen "blut und feuer" jeglichen versuch einer andeuerung oder "auflehnung" unterbinden soll. den sich allmächtig vorkommenden großgrundbesitzern ist das leben der von ihnen abhängigen bauern nicht so viel wert wie das ihrer reitpferde, wie ein gängiger ausspruch dort richtig bemerkt. sie richten daher ihren haß auch gegen jede person, die sich mit der unterdrückten bevölkerung

solidarisiert. dies bekamen der 63jährige us-pfarrer von juticalpa, geromo cypher sowie der pfarrer von catacamas, der 38jährige kolumbianische pater iván bethaucourt, die für ihr soziales engagement bekannt waren, zu spüren. beide wurden von der großgrundbesitzer-vereinigung als Urheber der sozialen forderungen der armen bauern bezeichnet und als die "camillo torres" von honduras bezeichnet. die erstbeste gelegenheit wurde kalblütig ergriffen, um sie mundtot zu machen. pater cypher wurde von der polizei festgenommen, und der informationsminister hatte vertrauen in die fantasie der bevölkerung, als er zunächst erklärte, daß der 63jährige pater der wachmannschaft entlaufen und in die wälder geflüchtet sei, um sich der guerilla anzuschließen. über das schicksal von

pater bethancourt ließ man öffentlich verbreiten, daß er sich versteckt hätte, um einer festnahme zu entgehen.

die bauern des gebiets aber klagten an, daß pater bethancourt von den angehörigen der todesschwadron "blut und feuer" mit duldung der verantwortlichen militärs bei der auflösung des "hungermarsches" brutal zu tode geprügelt worden sei, gleichzeitig forderten sie, daß das schicksal der vermißten sozialarbeiterin aufzuklären sei. des weiteren wurden bei dieser aktion fünf bauern erschossen, es gab viele verletzte. die leiter der bauernorganisation und des gewerkschaftsverbandes wurden festgenommen, ihnen wurde "gefährdung der staatsicherheit" vorgeworfen.

auf unterschiedenen druck von 22 organisationen mußte die regierung diese festgenommenen wieder freilassen, da alle anschuldigungen völ-

lig haltlos waren. lange zeit war von offizieller stelle nichts mehr über das schicksal der priester und der anderen verschwundenen personen gemeldet worden. da aber die proteste aus der bevölkerung nicht aufhörten, mußte die regierung erstmals nachgeben und ließ drei offiziäre und zwei zivilpersonen festnehmen, um sie vor eine militärische untersuchungskommission zu stellen. bisher wurde offiziell bestätigt, daß im katholischen "bauern- und bildungszentrum" von olancha fünf bauern getötet wurden. "leider war das militär genötigt, mit waffen gegen die bauern vorzugehen, da diese aufgeregt und auch wohl bewaffnet waren", so der informationsminister dazu. die kirche präsentierte dokumen-

te, die zwar erwähnt, aber nicht veröffentlicht wurden; darin wurde der nachweis von der ermordung der beiden pfarrer erbracht. der präsident von honduras bedankte sich bei der kirchenspitze, weil sie einen konstanten dialog mit der regierung in dieser sache pflegte und der erzbischof von tegucigalpa, héctor enrique santos, erklärte seinerseits, daß er vertrauen in regierung und armee habe und diese die angelegenheit wohl klären würde.
(die offiziellen daten aus: la nación, guatemala, 4/5. 7. 75, grafico, 11. 7. 75, guatemala)

SUCRE/KOLUMBIEN (ID) POLIZEI-TERROR
24. juli UNTERM AUSNAHMEZUSTAND

319 bauern wurden von der polizei des departaments sucre am 16. juni verhaftet, mit ihnen der nationale präsident und der schatzmeister der nationalen vereinigung der bauern (asociación nacional de campesinos anuc), jesús maria perez und froilán rivera. an diesem tag fand auf der hacienda "mula" im kreis ovejas eine versammlung statt, auf der über die maßnahmen des ausnahmestandes (der in kolumbien verhängt wurde, d. übers.) diskutiert werden sollte. plötzlich stürzte die polizei dazwischen, schlug auf die bauern ein und zwang sie, auf lastwagen zu steigen. 300 bauern wurden in der stierkampfarena von sincelejo eingesperrt, 18 und mit ihnen der präsident der anuc, in das nationalgefängnis, und froilán rivera, der schatzmeister, und ramiro jiménez, der schatzmeister der sektion sucre wurden dem "das" (kolumbianischer verfassungsschutz, i.e.) überstellt.

am 8. juli wurden perez, rivera, jiménez und vier bauern in ein anderes gefängnis überführt, dessen ort bisher unbekannt ist. von den anderen gefangenen hat man nur 100 freigelassen, die dann berichteten, in der stierkampfarena von sincelejo habe man sie geschlagen und ihnen nichts zu essen gegeben.

um diesen angriff öffentlich anzuklagen, hat das exekutivkomitee der anuc nach großen schwierigkeiten eine audienz bei cornelio reyes erhalten, dem minister für "öffentliche ordnung". bei ihm wurde die brutalität der polizei angeprangert und die sofortige freilassung der gefangenen gefordert. der minister behauptete, es habe "aufruhr", "rebellion" gegen die polizei und eine "geheime versammlung" gegeben. cornelio vergaß, daß es für 300 leute schwierig ist, am helllichten tag eine "geheime" versammlung zu machen. schließlich beendete er das gespräch und sagte, das liege nicht in seiner kompetenz, sondern unter die des richters 82 des militärischen straffkodex.

die nationale exekutive der anuc fügte dem gespräch mit dem minister noch hinzu, frieden sei solange unmöglich, wie es ausbeutung und elend dem land gebe, und wie man nicht gegen die landbesitzer vorgehe, die eine offensive gegen die bauern entfesselt hätten, seitdem das parlament im vergangenen dezember das genossenschafts-gesetz verabschiedet habe.

die öffentliche anklage der anuc schließt mit einem aufruf an das kolumbianische volk zur wachsamkeit gegenüber der repressionswelle, die sich unter dem ausnahmestand ausbreite, und ruft alle revolutionären gruppen auf, "die reihen zu schließen gegen die bedrohung, dasselbe terrorregime in kolumbien zu etablieren, unter dem die völker in chile, argentinien, uruguay, brasilien und honduras leiden".

(aus: alternativa/bogotá, 14. juli)

anmerkung: der ausnahmestand im land besteht weiter. trotz oder gerade wegen der aktuellen propaganda-show in cali/kolumbien: dort finden zur zeit die schwimmweltmeisterschaften statt.

SANTIAGO (PTS/ID) VAN SCHOUWEN IMMER NOCH IN GEFAHR
21. juli

bautista van schouwen, mitglied des politischen ausschusses des mir, lebt, aber er wird immer noch im marine hospital von valparaiso gefoltert. manuel cabieses, mitglied des zentralkomitees des mir und früherer herausgeber der chilenischen zeitung "punto final", der ebenfalls von der junta gefoltert wurde, gab dies, nach seiner ausweisung aus chile, in der kolumbianischen zeitung "pueblo" bekannt.

cabieses fügte hinzu, daß pinochet, aufgrund der internationalen solidaritätskampagne für van schouwen, systematisch zu leugnen versucht, daß van schouwen gefangener der junta ist.

BRUCHSAL

ÜBER DIE QUARANTÄNE

die salmonellerseuche, die anfang dieses monats aus bruchsal gemeldet wird, ist - nach vorfällen in ludwigsburg und stammheim - die dritte in baden-württembergischen zuchthäusern innerhalb von zwei jahren. wir drucken hier einen bericht ab, der den frankfurter gefangenenrat aus bruchsal erreichte.

(s almonellen sind bakterien, die mit der nahrung aufgenommen werden und erkrankungen bewirken, die von leichten darminfektionen - durchfall, erbrechen - bis zu typhus - bauch - und paratyphus - darm - führen. die sterblichkeitsrate bei typhus und paratyphus liegt zwischen 10 und 20%, wobei kinder nur leicht, alte leute jedoch schwer gefährdet sind.)

das bruchsaler gefängnis ist neben stuttgart-stammheim das "sicherste" in ganz westdeutschland. es wird von einer fast zehn meter hohen mauer umgeben, auf der, wie auf der wehmauer einer mittelalterlichen stadt, die posten patrouillieren. unten sind die schienen, an denen die bluthunde angekettet sind. in bruchsal wurde der "sicherheitstrakt" eingebaut, der vermutlich für die männlichen raf-mitglieder bestimmt ist.

wer in bruchsal sitzt, den hat die "resozialisierung" abgeschrieben: die lebenslänglichen, die revoltierenden von 1973. im sicherheitstrakt sitzen sieben von ihnen. das bruchsaler gefängnis ist zwar das sicherste gefängnis, aber das zentrum der revolte, von dem etwas ähnliches wie der aufstand der französischen gefängnisse ausgehen könnte. denn hier sind die, denen die bürgerliche gesellschaft nicht einmal mehr den anschein einer chance gibt. hier spielt nur noch das schnellfeuergewehr des postens eine rolle, an dem keiner lebend vorbeikommt.

in diesem gefängnis sitzen fast 400 männer in zellen, die eng und stickig sind. unter ihnen sind jetzt über 10 prozent infiziert und in quarantäne. die anstaltsleitung sagt, es ist keine epidemie. aber es werden immer mehr, die krank sind. inzwischen zählen wir nicht mehr und sind ganz schön sauer, daß es nun auch die küche erwischt hat! am 11.7. wurden zwei mann aus dem hof geholt. vom gesundheitsamt sind nur einige zellen ausgeräuchert worden, aber ansonsten wird mit desinfektionsmitteln sparsam umgegangen, was sich darin ausdrückt, daß nur für die schänzer (essensausträger) ein spezielles handwaschmittel ausgegeben wurde, ausdrücklich nur für schänzer. auf anordnung des "arztes".

dieser "arzt" ist ein bekannter: bekannt aus vielen briefen, in denen er als sadist geschildert wird. vor etwa eineinhalb jahren hat dieser sogenannte arzt einen gefangenen, den er kaum oder überhaupt nicht untersucht hat, zum simulanten erklärt und in die zelle zurückgeschickt. eine stunde später ist dieser gefangene in seiner zelle krepirt. eine strafanzeige, die ein mitgefangener machte, wurde niedergeschlagen. dieses individuum ist allein zuständig für die gesundheitlichen verhältnisse in der bruchsaler anstalt. name: walter pfähler.

die sogenannte "dienst- und vollzugsordnung", das eigene barbarische gesetz der anstalten, schreibt vor: "in der anstalt hat saubereit zu herrschen. der arzt achtet auf vorgänge und umstände, die den allgemeinen gesundheitszustand in der anstalt beeinträchtigen können..." er soll, nach der dienst- und vollzugsordnung, selbst vorschritten überschreiten und mißachten können, um ansteckende krankheiten zu verhindern.

die seuche macht keinen unterschied zwischen gefangenen und wachposten. an einer seuche, die sich unter den gefangenen ausbreitet, kann auch der wachposten krepieren. dazu, daß es nicht soweit kommt, sind diese vorschritten. aber sie sind undurchführbar, weil sie an einem widerstand scheitern: weil sie mit anderen vorschritten kollidieren, die zur vermeidung und bekämpfung von rebellion und unruhe unter den gefangenen erdacht sind. um die stets latente rebellion in schach zu halten, muß die masse der gefangenen künstlich gespalten werden. es darf nie eine masse werden, die sich besprechen kann, die diskutieren und protestieren kann. die einzelnen gefangenen müssen voneinander abgeschirmt werden, sie dürfen sich nicht sehen, hören, sprechen. sie werden zu gruppen adiert, die immer nur ein isolierter teil der masse der gefangenen sind. die sicherheitsvorkehrungen, die nur der deutlichste ausdruck dessen sind, wie jedes regime gegen unterdrückte massen verfährt, haben zwangsläufig zu folge, daß einfachste und konstante menschliche bedürfnisse wie essen, trinken wollen, luft atmen, etwas sehen, sich bewegen wollen usw. mißachtet und gebrochen werden. es gibt gefangene, die in einem engen hinterhof zwischen müllkübeln, an den händen mit handschellen gefesselt, von zwei, drei wachposten auf und ab geführt werden. der sicherheitswahn der anstaltsherren setzt sich gegen die normalsten physischen und psychischen minimalbedürfnisse durch. er erzeugt dafür typische krankheiten, d.h. krankheiten, die für gefängnisse und für gefangene typisch sind, zum beispiel tbc.

die anstaltsleitung hat jetzt erklärt, man kenne die infektionsursache nicht.

eine epidemie ist für "zivilisierte" verhältnisse nicht typisch. sie ist typischer für "unzivilisierte" verhältnisse. sie entsteht auf dem boden von unterernährung, vitaminmangel, von mangelkrankheiten und überbeanspruchung des menschlichen körpers. sie sind ein symptom der ausgenutztheit von menschen: von ausbeutung, vom verschleiß durch ausbeutung.

nach dem bürgerlichen recht ist der gefangene eine verwaltete sache, die subjektiv rechtlich tot ist. seine freiheit und damit seine individualität ist ihm abgenommen, er wird verwaltet, der gefangene ist damit in der lage eines tieres, das man füttert oder das gequält wird, das man hungern läßt, wenn es sich nicht sentimentalisch ausbeuten läßt oder wenn es sich nicht rentiert. diese lage bedingt den von vornherein untermenschlichen zustand der gefangenen: ihre lage als untermenschen, als hungernde (das fressen ist nach dem überleben berechnet), als solche, die von allem, sogar von der luft, zu wenig bekommen.

man kann die ursachen einer infektion medizinisch definieren. das bedeutet, daß man soundsovieler infizierte untersucht und darunter einen findet, von dem die infektion ausgegangen ist oder von dessen umgebung sie ausgegangen ist. wenn man jedoch nicht, wie die medizin, infektionen als etwas "natürliches", sondern als gesellschaftlichen prozeß betrachtet, kann man sich mit dieser medizinischen erklärung nicht begnügen. außerdem wird diese medizin fragwürdig durch die art der individuen, die sie handhaben. solche in unseren augen verbrecherischen elemente wie der anstaltsarzt pfahler haben keine erklärungen mehr zu liefern, sie haben einfach nichts mehr zu erklären, ihre erklärungen sind lächerlich. diese kreaturen haben zu verschwinden, wenn wir nicht mit gewalt dazu gezwungen werden, ihnen zuzuhören.

die ursache der epidemie ist nicht ein gefangener, der einen anderen angesteckt hat, sondern die ursache ist das gefängnis, das gefängnisregime, und das regime der unterdrücker. man sieht auch die funktion des arztes, die sich total verkehrt hat: der arzt, der zum mörder wird, und die angst, die er verbreitet. die "hygiene" des gefängnisses - das ist vor allem das regime der unterdrücker, "ruhe und ordnung", stillhalten, bis zur physischen unmöglichkeit stillzuhalten, wenn man durchdreht vor angst, einsamkeit, luftleere, bewegungslosigkeit, nichts mehr sehen. "ärztliche behandlung" ist dann eben genau ihr gegenteil: vernichtung und vernichtungsverwaltung. eine ihrer vorwiegendsten aufgaben ist die exakte messung der toleranzgrenzen menschlicher belastbarkeit - die ärztliche assistenz bei der folterung und vernichtung eines menschen.

durch die absurden sicherheitsprozeduren in der anstalt bedingt bildet sich unter den gefangenen eine art von untergrund der menschlichen kommunikation und der menschlichen bedürfnisse, die heimlich weiterexistieren, sich verbergen müssen und subversiv operieren. dazu gehört, daß sich kompensationen bilden, die gefährlich sind: die tablettensucht, der drogenhandel im gefängnis. auf diesem boden der unterdrückten bedürfnisse, die zu verbrechen werden und die verfolgt werden, entstehen haltungen, die lebensgefährlich sind, aber mit denen sich die gefangenen noch am leben zu halten versuchen. diese haltungen zeigen, wie stark eine unterdrückung ist, die keine chancen des überlebens mehr läßt außer der, das leben aufs spiel zu setzen. für die anstaltsärzte ist die behandlung der opfer dieses kampfes die hauptarbeit.

an diesem widerspruch zwischen staats-sicherheit und dem, was medizin eigentlich sein soll, ist die kontrolle über die hygienischen verhältnisse in bruchsal gescheitert. eine medizin, die zum vollzieher der unterdrückung geworden ist, kann nicht krankheiten verhindern, wenn ihre funktion ist, krankheiten als symptome der unterdrückung des menschen durch den menschen zu produzieren.

WYHL/WEISSWEIL RESOLUTION DER WISSENSCHAFTLER BEIM KONGRESS GEGEN KERNKRAFTWERKE

vom 27. bis 29. juni fand in wuhl/weisweil der kongreß gegen kernkraftwerke statt. zusammen mit den fachschaften hatte der arbeitskreis umweltschutz an der universität freiburg zum treffen von wissenschaftlern und studenten aus dem ganzen bundesgebiet eingeladen. die einladung fand ein erfreulich starkes echo. über 300 teilnehmer füllten die rheinhalle in weisweil und das freundschaftshaus auf dem baugelände. wuhl und weissweil waren nicht zufällig als tagungsorte gewählt. diese orte haben in letzter zeit große bedeutung erlangt durch den erfolgreichen widerstand weiter teile der bevölkerung gegen eine rücksichtslose und menschenfeindliche anwendung der kernenergie. diesen aktiven und entschlossenen kampf der bevölkerung sollten studenten und wissenschaftler unterstützen. der kongreß sollte dazu die entsprechenden informationen und erfahrungen liefern. als zentraler punkt jedoch sollte herausgearbeitet werden, wie wissenschaftler und studenten ihr an der universität erworbenes wissen einsetzen können, um die bevölkerung in ihrem kampf gegen atomkraftwerke zu unterstützen.

der kongreß begann am freitagabend mit einem dia-vortrag und berichten der kaiserstuhl- und elsässer bevölkerung über ihre erfahrungen im kampf gegen das kernkraftwerk wuhl und das bleichemiewerk marckolsheim. dieser abend sollte studenten und wissenschaftlern zeigen, wie

sich die bevölkerung gegen die gefährdung ihrer gesundheit und ihrer wirtschaftlichen existenz wehrt. am samstagmorgen wurden referate gehalten über die wichtigsten probleme im zusammenhang mit kernkraftwerken, über die umfallgefahren atommüll, auswirkung von kleinen strahlendosen, klimabeeinträchtigung. die angesprochenen punkte wurden am nachmittag in arbeitskreisen vertieft und erweitert. beim fest am samstagabend konnten die studenten und wissenschaftler gemeinsam mit den kaiserstühlern die wichtigsten stationen des widerstandes während einer theatervorführung nachvollziehen. spontan



griffen die zuschauer immer wieder in die handlung ein. danach wurde ein film gezeigt, der den von weit her zugereisten kongreßteilnehmern die geschehnisse des kampfes gegen das kkw ganz konkret vor augen führte.

der sonntag war den ökonomischen aspekten der kernenergie gewidmet. es wurden referate gehalten über entstehung, zusammenfassung und ziele der atomindustrie, über die hintergründe der energiepolitik in unserer gesellschaft, die verflechtung von kernindustrie und staat und über energiealternativen. am nachmittag wurde die frage diskutiert, wie wissenschaftler den kampf gegen die kernenergie unterstützen können. am schluß des kongresses brachten die teilnehmer ihre vorstellungen, wie sie ihre unterstützungsarbeit gegen kernkraftwerke weiterführen wollen, in folgender resolution zum ausdruck:

"in den letzten jahren ist der widerstand gegen kernkraftwerke sehr stark angewachsen. die bevölkerung ist nicht mehr bereit, eine energiepolitik, die sich an den geldinteressen einer kleinen minderheit orientiert, auf ihrem rücken austragen zu lassen. herausragend ist dabei der kampf der badisch-elsässischen bevölkerung gegen das kernkraftwerk in wuhl. an vielen anderen orten ist wuhl zum beispiel geworden. der kongreß gegen kernkraftwerke hat die berechtigung dieses widerstandes nachhaltig bestätigt. der kongreß stellt fest: grundsätzliche sicherheitsfragen sind nicht geklärt. unfälle bei kernkraftwerken, die zu tausenden von toten und der verseuchung ganzer landstriche führen, sind zu erwarten. die belastung durch die ständigen radioaktiven abgaben im alltäglichen betrieb der kernkraftwerke und der dafür notwendigen wiederaufbereitungsanlagen sind für die gesundheit der bevölkerung unzumutbar. die beseitigung des in großen mengen entstehenden radioaktiven abfalls ist ein ungelöstes problem und stellt eine unübersehbare belastung für die gesamte bevölkerung dar. der im gegensatz zu anderen industrieanlagen besonders große wärmeabfall stellt für sehr viele menschen in der landwirtschaft eine bedrohung ihrer existenzgrundlage dar. die behauptungen von staat und industrie, die kernenergie sei für die gesamte gesellschaft gewinnbringend, entbehrt jeder grundlage. die bevölkerung hat deshalb allen grund, den bau von kernkraftwerken zu bekämpfen."

die kongreßteilnehmer werden ihre arbeit unter folge den zielen weiterführen: kein kernkraftwerk in wuhl; sofortiger stopp des atomenergieprogramms der bundesregierung; stilllegung aller kernenergieanlagen. die teilnehmer werden sich dafür einsetzen, die auseinandersetzung um diese ziele in ihren tätigkeitsbereichen voranzubringen, um mehr wissenschaftler für eine möglichst breite unterstützung der bevölkerung zu bringen. der arbeitskreis arbeitet inzwischen an einer ausführlichen dokumentation über den kongreß, die von interessierten angefordert werden kann über die adresse:

arbeitskreis umweltschutz
78 freiburg, wilhelmstr. 15

(zu den hintergründen der auseinandersetzung siehe auch: "lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv!" - dokumentation zum kampf der badischen und elsässischen bevölkerung gegen atomkraftwerk wuhl und bleiwerk marckolsheim, ergänzte sondemummer vom 19.3.1975, preis 1 mark, zu beziehen über ID, 6 frankfurt 90, postfach 900343.)

ARGENTINIEN LOPEZ REGA, DER HEXER 21. juli

nach der bestandenen kraftprobe der gewerkschaften mit der regierung "babelitas" durch den 36stündigen generalstreik anfang juli mußte die "graue eminenz" der argentinischen regierung, lopez rega, genannt "el brujo" (der hexer), seinen rücktritt einreichen.

doch der rücktritt von rega scheint nicht viel mehr als eine symbolische geste zu sein, um die opposition zu beruhigen. im neuen, acht mann starken kabinett sitzen vornehmlich rega-anhänger, von denen die

fortführung seiner politik zu erwarten ist. die stelle von rega als wohlfahrtsminister übernahm carlos vilone, den posten des präsidentalsekretärs julio gonzales. beide sind vertraute von rega.

nach wie vor bleibt lopez rega, der persönliche sekretär der präsidentin isabel peron, auch chef der argentinischen anti-kommunistischen allianz (aaa).

hier sein lebenslauf:

rega wird 1916 in dem arbeiterviertel savedra von buenos aires als sohn eines aus spanien emigrierten flußschiffers geboren. die familie ist sehr arm, und er muß frühzeitig die schule verlassen, um geld zu verdienen. er tritt in die bundespolizei ein. damit beginnt ein langsamer, aber stetiger aufstieg von der untersten stufe. er dient in der wache des präsidentenpalastes zur zeit der größten macht perons und wird persönlicher bewacher evita perons, der glorifizierten frau des präsidentin.

nach dem militärputsch von 1955 bleibt rega bei der polizei, wo er 1962 als korporal seinen abschied nimmt. er verläßt buenos aires und wird nach einiger zeit konzertmanager in panama. dort vermietet er auch die kleine kabaretttänzerin maria estrella martinez, die in einem luxus-hotel mit dem namen "happyland" für durchreisende amerikaner auftritt. diese tänzerin vermittelt er auch an seinen einstigen obersten chef ins exil, durch heirat nimmt sie den namen isabel peron an. für rega bedeutet diese vermittlung die heirat mit der macht.

in madrid wird rega privatsekretär und vertrauensmann perons. er eignet sich dort die "peronistischen ideen" an und wird in die geheimnisse der bewegung eingeweiht. seine treue im exil wird belohnt mit einer unanfechtbaren stellung innerhalb der peronistischen bewegung. bei der rückkehr von isabel peron am 17. november 1972, die von mehreren millionen argentinern begeistert gefeiert wird, ist rega schon wohlfahrtsminister in der regierung camperas. dann tritt campera im juli 1973 zurück, um die wahl perons präsidenten zu ermöglichen. die wahl im september macht perons frau isabel zur vizepräsidentin und rega zur dritten person in der macht-hierarchie.

nach dem tode perons im juli 1974 wird isabel präsidentin und rega erhält außer seinem posten als wohlfahrtsminister im januar 1975 den direktorposten des privatsekretärs von "isabelita". damit kontrolliert er alle vorgänge im präsidentenamt und erscheint, hinter isabel stehend, bei allen offiziellen zeremonien.

bald danach stehen stürbungen an: rega feuert nacheinander zwei wirtschafsmminister und den general amaya, den ehemaligen kommandeur des heeres. dieser wird ersetzt durch einen ihm ergebenen mann, numa laplane, der auch generalstabschef der armee wird. die krise verschärft sich.

rega ist besessen vom spiritismus und okkultismus, deshalb sein spitzname: der hexer. er ließ im stadtviertel palemo chico ein denkmal zu ehren des perserkönigs kyros errichten, der ein großer anhänger des okkultismus war. rega ist mitglied einer spiritistischen loge, die ihre jährliche hauptversammlung in brasilien abhält.

das wohlfahrtsministerium wird umgebaut zu einem trainingslager der aaa, die dort auch ihre waffen lagert. rega tritt nur in begleitung von 30 schwerbewaffneten leibwächtern auf und verfügt über eine privatarmee von 800 mann.

am 20. juli hat er sich über brasilien nach madrid abgesetzt, wie er sagt, freiwillig.

(aus liberation und lns)

BOCHUM

WARNSYSTEM DER UNTERNEHMER

arbeitgeberverband nordwestdeutscher zement- und kaliwerke e.v. 472 beckum, wilhelmstraße 98, postf. 1769
tel.: (02521) 4575/6 fernschreiber nr. 89446

persönliche information

z - rundsreiben nrw - nr. 5/75

k - rundsreiben - nr. 3/75

den 21. märz 1975

an die direktionen der mitgliedsfirmen
persönlich, vertraulich I

betr.: betriebskontrollen im rahmen des jugendarbeitschutzgesetzes

sehr geehrte herren,

wie wir von der landesvereinigung der industriellen arbeitgeberverbände nordrhein-westfalen e.v. erfahren, hat das arbeits- und sozialministerium nordrhein-westfalens die gewerbeaufsichtsämter angewiesen, in der zeit vom 2. bis 13. juni 1975 in einer sonderaktion in betriebe mit 1 - 199 beschäftigten die einhaltung der vorschriften des jugendarbeitsschutzgesetzes zu überprüfen. in diese überprüfung werden zement- und kali-industrie einbezogen. wir empfehlen ihnen daher, die bestimmungen des jugendarbeitschutzgesetzes genau zu beachten. überprüft werden soll die einhaltung der vorschriften über:

- tägliche höchstarbeitszeit
- wöchentliche höchstarbeitszeit
- tägliche freizeit
- ruhepausen
- frühschluß vor sonntagen
- sonntagsruhe
- ersatzfreizeiten
- nachtarbeitsverbot
- berufsschule
- urlaub
- akkord-, fließ- und prämiendarbeit
- ärztliche untersuchungen (erstuntersuchungen nicht durchgeführt, nachuntersuchungen nicht durchgeführt)
- ärztliches beschäftigungsverbot
- formvorschriften
- sonstiges
- verbot der beschäftigung von kindern.

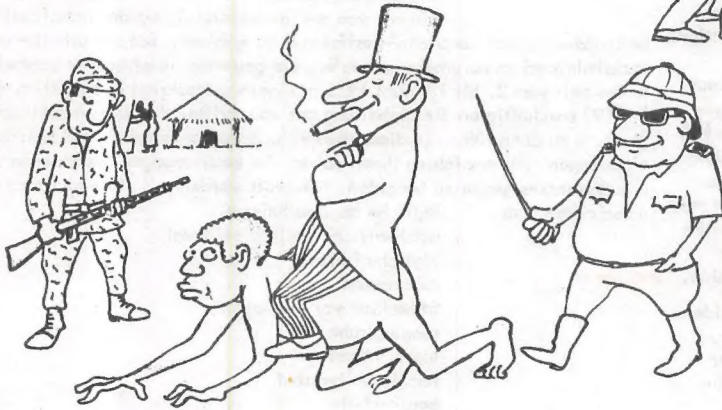
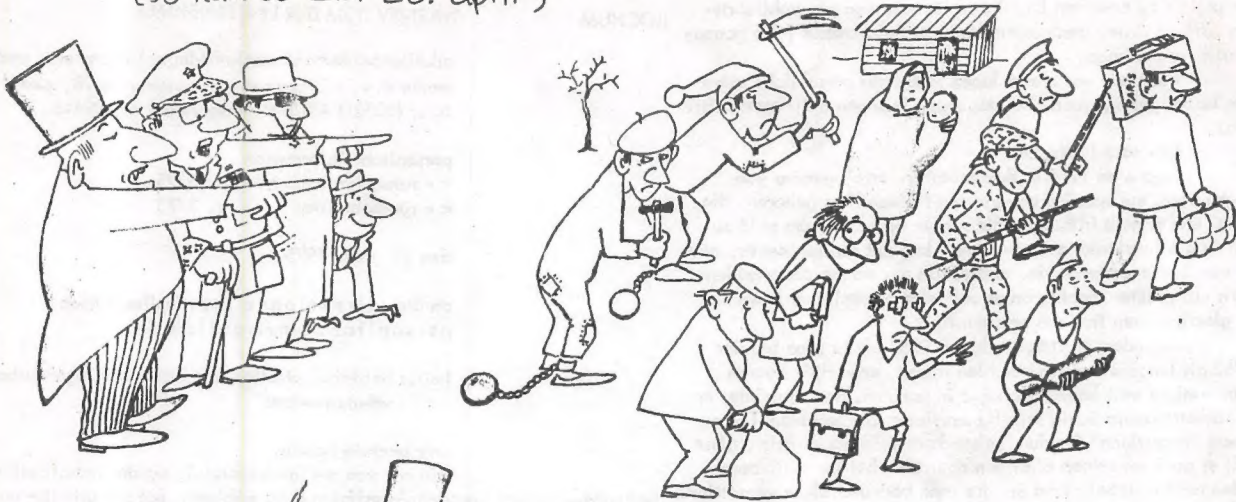
da die gewerbeaufsichtsämter keinen überblick über den jeweils genauen beschäftigungsstand der firmen haben, empfehlen wir, daß sich auch betriebe mit einem die zahl 200 übersteigenden beschäftigungsstand (etwa bis 300 arbeitnehmer) auf diese aktion einstellen.

mit freundlichen grüßen

arbeitgeberverband nordwestdeutscher zement- und kaliwerke e.v. witt



COMO NASCE O 25 DE ABRIL !
(So kam es zum 25. april)



CENICENE
VARDIT



aus:

DOCTRINA DO BRASIL
DOCTRINA DO BRASIL

(Informations-dienst der MFA)

hesitante